

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Staatsminister Helmut Brunner

Abg. Horst Arnold

Abg. Angelika Schorer

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Klaus Steiner

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Gisela Sengl

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Annette Karl

Abg. Markus Ganserer

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

**"Vielfalt erhalten. Zukunft gestalten. Der bayerische Weg in der Land- und Forstwirtschaft"**

Das Wort hat Herr Staatsminister Brunner.

(Volkmar Halbleib (SPD): Können wir einmal einen Hinweis an die Plenarsitzung draußen geben, die der Ministerpräsident abhält, dass diese beendet wird? Es kann nicht sein, dass Staatsminister Brunner hier eine Regierungserklärung abgibt und der Ministerpräsident draußen Pressekonferenzen hält! Frau Präsidentin, das ist nicht in Ordnung! Das ist ein Affront gegenüber dem Parlament und auch gegenüber seinem eigenen Staatsminister!)

- Herr Dr. Detsch geht hinaus; danke schön. – Bitte schön, Herr Minister.

**Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium):** Herzlichen Dank für die Fürsorge. Ich meine aber, dass der Ministerpräsident fast ständig mit seiner Anwesenheit im Plenum glänzt. Wir haben Verständnis, wenn er jetzt von Journalisten aufgehalten wird.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Bei nahezu allen Umfragen in Deutschland belegt Bayern bei Lebensqualität und Heimat Spitzenplätze. Ein wichtiger Grund dafür ist eine weitgehend intakte bäuerliche Landwirtschaft, die die Basis für vitale ländliche Räume schafft. Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Erfolg – das beweist unsere Agrarpolitik – schließen sich nicht gegenseitig aus.

Unser Leitbild einer flächendeckenden Landwirtschaft durch möglichst viele bäuerliche Familienbetriebe ist in der deutschen und in der europäischen Agrarpolitik angekommen. Erstmals werden bei den EU-Direktzahlungen die bäuerlichen Familienbetriebe

bessergestellt. Unser erfolgreicher bayerischer Weg in der Agrarpolitik wird zum nachahmenswerten Vorbild in der Agrarpolitik. Mit den Münchner Beschlüssen vom vergangenen Jahr haben wir einen Richtungswechsel in Deutschland erreicht:

(Horst Arnold (SPD): Mit den A-Ländern!)

Die Besserstellung der ersten 46 Hektar ist eine deutliche Stärkung für kleinere Betriebe. Das ist das Signal Bayerns zum von der UN ausgerufenen "Internationalen Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe". Jeder Betrieb zählt bei uns, und auf jeden kommt es an.

Ich will diesen bayerischen Weg konsequent weitergehen, dabei aber auch bewährte Dinge neu denken. Dazu habe ich klare Vorstellungen.

Erstens. Ich will wettbewerbsfähige bäuerliche Betriebe statt industrieller Agrarstrukturen. Unsere bäuerlichen Strukturen sind kein Manko, sondern so gewollt. Bäuerliche Familienbetriebe sind flexibler, stabiler und leistungsfähiger und für die Vitalität unserer ländlichen Räume wertvoller als industrielle Agrarstrukturen. Sie sind der Aktivposten im Portfolio der bayerischen Agrarpolitik. Diesen will ich weiter ausbauen.

Die Voraussetzungen dafür sind gut. Bayern startet in die neue Förderperiode mit einem finanziell gut ausgestatteten Programm für den gesamten ländlichen Raum. Wir haben gehalten, was wir vor der Wahl versprochen haben.

(Beifall bei der CSU)

Als einziges Land hat Bayern die Kürzungen von EU-Mitteln im ländlichen Raum durch Landesmittel voll ausgeglichen. Das ist einmalig in Deutschland. Wir leben den ländlichen Raum, handeln nach diesem Prinzip und sprechen nicht nur in Sonntagsreden davon.

Damit unsere bäuerlichen Betriebe auch künftig im Wettbewerb bestehen können, müssen sie sich aber weiterentwickeln. Dafür sind Investitionen erforderlich, und diese

unterstützt Bayern wie kein anderes Bundesland. In Kürze werden wir die Förderbedingungen neu ausrichten. Wir tun dies eben nicht nach dem Grundsatz: je größer der Stall, desto höher der Zuschuss, sondern wir haben eine Obergrenze für Zuschüsse festgelegt, ganz im Sinne des bayerischen Wegs und der bayerischen Strukturen.

Zudem richten wir den Fokus künftig noch stärker auf das Tierwohl: je tiergerechter die Haltung, desto höher der Zuschuss. Dazu haben wir eine gestaffelte Förderung festgelegt. Aber schon die Basisförderung liegt über den gesetzlichen Vorgaben. Darüber hinaus gibt es eine sogenannte zusätzliche Premiumförderung für besonders tiergerechte Haltung. Mit dem Programm bieten wir einen kräftigen finanziellen Anreiz für alle Landwirte, die ihre Betriebe erweitern, modernisieren und an die wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen anpassen wollen.

Wir verbessern aber damit nicht nur das Wohl der Tiere, sondern auch der Menschen auf den Höfen, und wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit des Tierhaltungsstandortes Bayern. Dafür stehen bis zum Jahr 2020 rund 500 Millionen Euro zur Verfügung.

Zweitens. Wir wollen Chancen für alle statt des Prinzips "Wachsen oder weichen". Die Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebe, wie wir sie in Bayern haben, ist ein Reichtum, den es zu sichern und zu nutzen gilt. Wachsen heißt in der bayerischen Agrarpolitik eben nicht zwangsläufig größer, sondern besser werden. Der Mensch steht im Mittelpunkt – sein Können, sein Ideenreichtum, sein unternehmerisches Geschick –, nicht allein die Hektar.

Ich gehe aber noch weiter. Meine Politik ist: Jeder junge Mensch soll in die Landwirtschaft oder in die vor- oder nachgelagerten Bereiche einsteigen können. Wir bieten dazu in Deutschland ein einmaliges Qualifizierungsangebot, das alle Zielgruppen umfasst – die Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe sowie die gesamte Breite des Dienstleistungssektors. Ich will die grünen Berufe noch attraktiver machen, auch für junge Menschen, die nicht aus der Landwirtschaft kommen. Dafür baue ich die Agrarbildung weiter aus, unter anderem durch allgemein zugängliche neue Bildungsmodule – für In-

teressenten aus der Bergregion die Almakademien, aktuell für das Werdenfelser Land das "Grüne Bildungszentrum Berge" oder ganz spezielle Ökoakademien am Lehr-, Versuchs- und Fachzentrum Kringell und am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bamberg.

Wir begleiten unsere Betriebe beim Aufbau weiterer Einkommensstandbeine. Bereits 60 % der Bauernfamilien ergänzen durch Angebote wie Urlaub auf dem Bauernhof, Direktvermarktung, Dienstleistungen und soziale Landwirtschaft sowie mit erneuerbaren Energien, Kommunalaufträgen und durch vieles andere mehr ihr Einkommen und sichern so ihre Existenz und Wettbewerbsfähigkeit. Sie schaffen Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Nie zuvor gab es eine so große Vielfalt und Kreativität bei der Nutzung neuer Markt- und Einkommenschancen. Jeden Tag entsteht eine neue Idee. Um diese Ideen zu bündeln, habe ich eine "Werkstatt der Ideen" ins Leben gerufen, eine Plattform für Landwirte, Handwerker, Wissenschaftler und Kommunalpolitiker. Meine Überzeugung ist: Mit der richtigen Idee hat jeder Betrieb eine gute Zukunft.

Drittens. Wir wollen Innovation statt Stillstand; deshalb werden wir bei Forschung und Entwicklung gezielte Akzente setzen. Ich will eine moderne Landwirtschaft, die auch in Zukunft in der Lage ist, den biologischen, technologischen und digitalen Fortschritt umzusetzen. Unter anderem will ich die EU-Forschungsmittel noch besser ausschöpfen. Konkret werde ich dafür im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft Agrar Innovationsnetzwerke einrichten, um neue Produkte und Verfahren, auch im Bereich der Digitalisierung, schneller und finanziell besser ausgestattet voranzubringen. Hierfür stelle ich übrigens circa 1,5 Millionen Euro pro Jahr an EU- und Landesmitteln bereit. Praxisnahe Forschung bleibt der stärkste Motor für erfolgreiche Innovationen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sehe die Bioökonomie als Zukunftsthema für mein Ressort und als große Chance für das Agrar- und Waldland Bayern. Angesichts knapper Ressourcen brauchen wir

neue, nachhaltige Ansätze, um die für unser modernes Leben nötigen Rohstoffe herzustellen.

Bioökonomie passt hervorragend zum Forschungsstandort Bayern und zum Nachhaltigkeitsprinzip meines Ressorts. Deshalb werde ich unter dem Dach des Kompetenzzentrums für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing einen Sachverständigenrat "Bioökonomie Bayern" einrichten und Impulse für den Aufbau entsprechender Wertschöpfungsketten geben. Die Abnabelung von fossilen Rohstoffen hin zu grünen Ressourcen ist eine Vision für ein modernes Bayern im 21. Jahrhundert. Ich will, dass Bayern diese Entwicklung entscheidend mitprägt.

Viertens. Wir wollen verantwortungsvoll wirtschaften, statt Flächen stillzulegen. Andere Länder setzen auf Paragrafen, wir auf Eigenverantwortung und Kooperation.

Bei der Umsetzung der EU-Agrarreform haben wir eine faktische Flächenstilllegung verhindert. Gerade bei der Landbewirtschaftung hat sich der Grundsatz "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" bewährt. Dieser Grundsatz bleibt auch künftig das Markenzeichen bayerischer Politik, insbesondere für den ländlichen Raum.

Die Angebote, die wir unseren Bauern in Sachen umweltschonende Bewirtschaftung machen, suchen ihresgleichen. Unser bayerisches Kulturlandschaftsprogramm ist das mit Abstand größte und am besten ausgestattete Agrarumweltprogramm in Deutschland,

(Beifall bei der CSU)

und, meine Damen und Herren von der Opposition, es wird von unseren Bäuerinnen und Bauern auch hervorragend angenommen.

(Staatsministerin Christine Haderthauer: Das stimmt!)

Wir werden es ab dem Jahr 2015 noch besser machen und noch gezielter auf Gewässer- und Klimaschutz, Biodiversität, Ökolandbau und Tierwohl ausrichten. Neue Ak-

zente sind unter anderem die deutliche Anhebung der Weideprämie für Rinder und die Einführung eines sogenannten Heumilchprogramms, des Weiteren die Förderung von artenreichem Grünland, Blühflächen und Streuobst als Lebensraum für Wildtiere und Bienen. Die deutliche Anhebung der Prämien beim ökologischen Landbau gehört selbstverständlich auch zu den Inhalten künftiger Agrarpolitik, besonders auch bei den Varianten und Angeboten des KULAP. Gemeinsam mit Baden-Württemberg sind wir damit jetzt schon Spitze in Deutschland.

Für dieses umfangreiche Maßnahmenpaket stellen wir bis zum Jahr 2020 1,25 Milliarden Euro zur Verfügung – so viel, meine Damen und Herren, wie nie zuvor.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens. Wir wollen Premiumprodukte statt Massenware. Immer mehr Verbraucher wollen wissen, wo und wie ihre Lebensmittel produziert wurden.

Ich möchte diesen Trend hin zu Transparenz und regionaler Herkunft, der auch eine Chance für unsere heimischen Erzeuger ist, mit allem Nachdruck unterstützen. Deshalb baue ich derzeit ein Regionalportal auf. Bereits jetzt, nach kurzer Zeit, haben sich 700 Anbieter aus ganz Bayern dazu bereit erklärt. Mein Ziel ist: Jeder Bürger soll bequem, quasi vom Wohnzimmer aus, schnell feststellen können, wo er möglichst rasch die regionalen Spezialitäten im nächsten Hofladen oder beim Direktvermarkter per Mausklick finden kann. Ich will unseren Lebensmitteln ein Gesicht geben.

(Beifall bei der CSU)

Mehr Transparenz schafft unser staatliches Siegel "Geprüfte Qualität – Bayern", das bereits jetzt 75 % der bayerischen Bevölkerung kennen. Der Verbraucher gewinnt dieses Vertrauen auch auf unseren bewährten Bauernmärkten. Hier erhält er direkt vom Erzeuger Antworten auf seine Fragen. Deshalb wollen wir die überaus erfolgreichen Bauernmarktmeilen von München und Nürnberg auch in andere Städte, wie Augsburg, Bayreuth oder Würzburg, bringen. Die 170 Bauernmärkte in Bayern, die wir jetzt schon

erfolgreich zum Laufen gebracht haben, will ich weiterhin mit einem Bauernmarktprogramm unterstützen. Wir haben jetzt schon jeden zweiten Bauernmarkt Deutschlands in Bayern.

Unsere hochwertigen bayerischen Spezialitäten sind aber nicht nur auf den heimischen Märkten gefragt, sondern weltweit. Die Marke Bayern steht eben auch bei Lebensmitteln für Premiumprodukte und höchste Qualität und genießt entsprechendes Vertrauen, und mein Ehrgeiz ist, dass wir nicht nur beim Fußball und bei unseren Autos in der Champions League spielen können, sondern auch bei unseren bayerischen Nahrungs- und Lebensmitteln.

(Beifall bei der CSU)

So schafft der bayerische Agrarexport jährlich neue Rekordhöhen. Im letzten Jahr konnten wir erstmals für 8,5 Milliarden Euro hochwertige Nahrungsmittel in aller Herren Länder exportieren. Mein Ziel ist es, dass wir spätestens im Jahr 2016 die Zehn-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten werden zum Nutzen und Wohl der bayerischen Landwirtschaft.

(Zuruf von der SPD: Die Flächenannexion!)

Bei der Nachfrage nach Bioprodukten haben wir ähnliche Steigerungsraten, aber oft weiß der Verbraucher nicht, woher sein Bioprodukt gerade kommt und wie es hergestellt wurde. Das will ich ändern. Ich werde ein eigenes bayerisches Biosiegel einführen. Das kommt dem Wunsch der Verbraucher entgegen und stärkt die bayerische Landwirtschaft und die regionalen Kreisläufe. Ich will eben nicht Biokartoffeln aus Ägypten oder andere Produkte aus Mexiko oder Polen fördern und unterstützen, sondern BioRegio. "Bayerische Lebensmittel, Bioprodukte aus Bayern" ist unser Slogan.

(Beifall bei der CSU)

Sechstens. Ich will die gesunde Ernährung weiter voranbringen. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt es: Kita-Kinder essen zu wenig Obst und Gemüse. Das

muss sich ändern. Deshalb weite ich das in Bayern sehr erfolgreiche Schulobstprogramm, das 345.000 und damit über 80 % aller Grundschüler in Bayern jetzt schon erreicht, ab Herbst 2014 auch auf die Kitas aus. Bis 2017 sollen davon zusätzlich 300.000 Kita-Kinder profitieren.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist eine gesundheits- und ernährungspolitisch enorm wichtige Initiative. Wir können uns das jetzt auch leisten, weil es uns gelungen ist, durch unsere Initiative den Zuschuss Brüssels zu erhöhen, nämlich die Kofinanzierung von 50 auf 75 % anzuheben. Mit denselben Landesmitteln können wir quasi jetzt auch 300.000 Kita-Kinder mit frischem Obst und Gemüse bedienen, hoffentlich in erster Linie aus Bayern. Dies ist gesellschaftspolitisch und ernährungspolitisch enorm wichtig; denn die Weichen für das spätere Essverhalten werden schon, wie wir wissen, im Kindesalter gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger essen inzwischen aber auch täglich außer Haus, angefangen vom Krippenkind und den Schülern der Ganztagschule über die Berufstätigen bis hin zum Senior. Die Betriebsgastronomie ist längst Ausdruck des persönlichen Lebensstils. Herr Ministerpräsident, die Lebens- und Arbeitsbedingungen haben sich halt in Bayern verändert.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Huber Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das heißt, wir müssen darauf reagieren. Nicht nur in der Familie, sondern auch außer Haus muss hohe Qualität angeboten werden. Die Betriebsgastronomie ist längst auch Ausdruck des persönlichen Lebensstils, der dem Dreiklang Gesundheit, Genuss, Qualität standhalten soll. Dem trage ich Rechnung und starte eine Qualitätsoffensive für die Kantinenverpflegung.

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass die Kantine des Landwirtschaftsministeriums diesbezüglich bereits vorbildlich ist. Wer es nicht glaubt, den lade ich gerne in unsere Kantine ein.

(Zuruf von der SPD: Wir kommen! Wir kommen, Herr Kollege!)

Mein Ziel ist es auch, dass möglichst in allen anderen Kantinen die Wirte und vor allem die Köche auch auf Frische, auf hohe Qualität achten, auf regionale Produkte zurückgreifen und Hochwertiges anbieten.

Siebtens, der bayerische Weg in der Waldpolitik: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, beim Wald erleben wir derzeit eine intensive Diskussion mit verschiedenen Verbänden und mit der gesamten Gesellschaft. Auch hier setze ich auf den bayerischen Weg in der Waldpolitik, den ich kurz skizzieren will.

Der Wertstoff Holz, der nachhaltig in Bayerns Wälder wächst, wird immer mehr zum Schlüssel für die Bewältigung neuer Herausforderungen. Stichworte dafür sind: Energiewende, ökologisches Bauen, Ersatz fossiler und nachwachsender Rohstoffe in allen Bereichen unseres Alltags. Holz ist schon heute ein knappes und wertvolles Gut. Gleichzeitig hat unsere Gesellschaft eine Vielzahl weiterer Ansprüche an unsere Wälder: Wald als Ort der Erholung und des Sports, für Naturerlebnisse und als Ort der Biodiversität, für sauberes Trinkwasser und saubere Luft. Bayerns Wälder sind ein unschätzbares Refugium für Tier- und Pflanzenarten. Dafür haben wir eine ganz besondere Verantwortung, und dieser kommen wir auch nach.

Durch die Berücksichtigung von Naturschutzaspekten auf der ganzen Waldfläche Bayerns erreichen wir eine weit größere Breitenwirkung als durch zusätzliche Großschutzgebiete. Es ist einfach falsch, meine Damen und Herren, dass Waldnaturschutz nur in Naturschutzgebieten oder Nationalparks möglich sein soll; denn dann würde der Waldnaturschutz viel zu kurz kommen. Das Motto des bayerischen Wegs in der Waldbewirtschaftung heißt deswegen "Schützen und nutzen auf ganzer Fläche".

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte, dass der Staat dort, wo er Eigentümer ist, also im Staatswald, vorbildlich vorgeht mit einer naturnahen und sorgfältigen Pflege und Bewirtschaftung aller Waldbestände. Ich möchte unsere Bürgerinnen und Bürger für den bayerischen Weg in der Waldpolitik gewinnen. Deshalb werde ich das Jahr 2015 zum bayernweiten "Aktionsjahr Waldnaturschutz" ausrufen. Wir müssen unsere Leistungen und Pläne zum Schutz der Wälder der Gesellschaft noch transparenter vermitteln. Dafür werde ich vor Ort auch neue Dialogforen für einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren Wäldern starten.

Unter meiner Verantwortung werden die Bayerischen Staatsforsten die regionalen Naturschutzkonzepte für alle 41 Forstbetriebe in Bayern mit Hochdruck vervollständigen und bis 2016 fertigstellen

(Zuruf von der SPD: Endlich, endlich!)

und laufend veröffentlichen.

Zu meinem Fitnessprogramm für den Wald zählt auch eine neue Forstförderung ab dem 1. August. Hier setze ich neue Akzente für gesunde, naturnahe Wälder und nachhaltige Nutzung des gesamten Privatwaldes. Auch für den Waldnaturschutz wird es zusätzliche Anreize geben.

Für Premiumprodukte aus Holz, wie zum Beispiel Schreinermöbel, lasse ich prüfen, ob ein Label "Holz aus Bayern" ihre Attraktivität noch weiter steigern kann.

Am 12. September wird Ministerpräsident Horst Seehofer das neue Steigerwald-Zentrum eröffnen. Dort werden die Bürger den bayerischen Weg nachhaltiger Waldbewirtschaftung in allen Facetten erleben und kennenlernen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Politik ist getragen vom Vertrauen gegenüber Waldbesitzern und Forstleuten. Schließlich sind sie es, die über Generatio-

nen mit ihrer Art der nachhaltigen Waldbewirtschaftung Wälder geschaffen haben, die wir heute als ökologisch hochwertig einstufen.

(Beifall bei der CSU)

Der Steigerwald ist das beste Beispiel dafür. Jetzt zu verkünden, man müsse die Wälder mit staatlichem Ordnungszwang vor denen schützen, die diese Wälder zu dem gemacht haben, was uns jetzt so wertvoll ist, wäre ja geradezu paradox. Dieser Ansatz würde polarisieren und spalten. Das will ich nicht, und das lehne ich auch entschieden ab.

(Beifall bei der CSU)

Achtens. Wir wollen vitale ländliche Räume. Der bayerische Weg: Dazu gehört seit über 30 Jahren das bayerische Dorferneuerungsprogramm. Mehr als 2.200 Dörfer profitieren aktuell davon. Mit rund 60 Millionen Euro Fördermitteln generieren wir jährlich etwa 150 Millionen Euro direkte Investitionen. Wir beleben die Ortskerne, sorgen für mehr Lebensqualität im ländlichen Raum und tragen dazu bei, die Bevölkerungszahlen in diesen Orten zu stabilisieren. Wir wirken Tendenzen wie Landflucht entschieden entgegen.

Der bayerische Weg: Dazu gehört die Integrierte Ländliche Entwicklung. Etwa ein Drittel der Gemeinden in Bayern arbeiten derzeit in 90 Gemeindebündnissen zusammen. Diese Erfolgsgeschichte will ich künftig thematisch weiter ausbauen.

Die zeitgemäße Neuausrichtung unserer landwirtschaftlichen Infrastruktur wollen wir mit der Initiative "Kernwegenetze" gemeindeübergreifend anpacken. Das entspricht übrigens auch dem Wunsch unserer Kommunalpolitiker, die dieses Angebot sehr gern annehmen werden.

Die Initiative "boden:ständig" zum Boden- und Gewässerschutz hat in Pilotprojekten am Rottauensee gezeigt, dass Landwirte und Gemeinden mit Unterstützung meiner Verwaltung viel bewegen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Diese Initiative soll ihre Stärken künftig in ganz Bayern ausspielen können. Gleiches gilt für das erfolgreiche EU-LEADER-Programm, das sich in der neuen Förderperiode mit noch mehr lokalen Aktionsgruppen über fast alle Landkreise Bayerns erstrecken soll.

Neuntens. Ich setze auf Transparenz und Verständnis durch Dialog. Ich will die Themen aufgreifen, die die Bürger bewegen, und gemeinsam mit ihnen pragmatische Lösungen erarbeiten; denn der Verbraucher entscheidet an der Ladentheke maßgeblich über den Tier- und den Umweltschutz sowie über die Größe von Ställen und Betrieben mit. Auch deshalb habe ich die Kampagne "Blickwechsel" gestartet. Ich lade unsere Verbraucherinnen und Verbraucher ein, einen neuen Blick auf unsere vielfältige, moderne und zugleich nachhaltige Land- und Forstwirtschaft sowie deren Leistungen zu werfen.

Nachhaltiges Wirtschaften im Einklang mit den Erwartungen der Gesellschaft heißt für mich zum Beispiel: kein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf Bayerns Feldern!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dieses Versprechen haben wir den Verbrauchern bereits im Jahr 2008 gegeben. Unsere Position haben wir in Brüssel durchgesetzt. Das ist ein Riesenerfolg.

(Beifall bei der CSU)

Auch beim Transatlantischen Freihandelsabkommen, TTIP, werden wir unsere Standards verteidigen, im Interesse unserer Landwirtschaft und im Sinne unserer Verbraucher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf zum Schluss kommen. - Ich bin stolz auf jeden unserer über 110.000 bäuerlichen Betriebe in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin auch stolz auf jeden Hektar unserer 3,2 Millionen Hektar Acker- und Grünland. Und ich bin stolz auf die 2,5 Millionen Hektar Wälder in Bayern.

Ich will so weit wie möglich jeden Betrieb schützen und erhalten, vor allem dadurch, dass entsprechende Entwicklungsperspektiven vermittelt werden. Nicht die Anzahl der Hektar, sondern die Qualifikation des Betriebsleiterehepaars soll über die Zukunftsfähigkeit entscheiden. Das ist letztlich eine Politik für aktiven Flächenschutz. Wir handeln aktiv gegen Flächenverbrauch.

Bayern muss nicht jeden Trend und jede Mode mitmachen. Ich erinnere mich gut daran, wie wir früher innerhalb und außerhalb Deutschlands für unsere kleinräumige landwirtschaftliche Struktur belächelt wurden. Diese habe gerade noch als Bauernhofmuseum Zukunft, sagten einige. Heute stehen wir an der Spitze des gesellschaftlich Gewollten, in Deutschland und in ganz Europa. Bayern hat die Kraft und den Mut, auch in Zukunft neue Akzente zu setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich lade Sie alle, gerade auch Sie von der Opposition, herzlich ein, an einem zukunftsfähigen Agrarstandort Bayern konstruktiv mitzuwirken.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herzlichen Dank, Herr Minister. - Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nachdem der Herr Minister die Redezeit um eine Minute und 36 Sekunden überzogen hat, steht diese zusätzliche Redezeit auch jeder Fraktion zur Verfügung.

(Unruhe bei der CSU)

- Das muss ich ja sagen.

Herr Arnold, Sie sind der Nächste.

**Horst Arnold (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Brunner, Ihre Regierungserklärung enthält punktuelle Statements, versehen mit einem ganzheitlichen, zum Teil romantischen Anstrich. Ihre Politik wird jedoch mehr vom Wunsch als von Taten getragen.

(Beifall bei der SPD)

Der Anstrich blättert auch sehr schnell; das zeigt sich bei näherem Hinschauen. Herr Brunner, Sie wirken wie ein Eventmanager oder, bezogen auf den bayerischen Weg, wie ein Wanderführer, der den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern eine heile Welt vorgaukelt, was aber in vielen Bereichen nicht der Realität entspricht.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich und meine Fraktion Sie in einigen Bereichen nachhaltig unterstützen, oft weit mehr, als Ihre eigene Fraktion es tut.

(Beifall bei der SPD)

Aber sobald die Logistik knapp wird und das Event beendet ist, war es das häufig. Herr Brunner, als Personalbeweis für Nachhaltigkeit auch in Krisenzeiten stehen Sie eher mit Ihrer Amtszeit, sie stehen weniger für Inhalte.

(Beifall bei der SPD)

Sie zeichnen gern ein romantisches Bild vom bäuerlichen Familienbetrieb. Aus Ihrem Haus kommt kaum eine Broschüre, in der nicht eine glückliche junge Familie gemeinsam im modernen Laufstall steht und in die Kamera lacht. Wir hören und lesen viele Ankündigungen: Werkstatt der Ideen, Innovationsnetze, Sachverständigenrat, diesmal zur Bioökonomie, regionale Aktionsjahre, neue Dialogforen. Das sind oftmals Worthül-

sen für Selbstverständliches. Das genügt aus unserer Sicht nicht, um den aufgezeigten Weg zu beschreiten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Brunner, Realität ist doch, dass viele Erzeuger sich vom Handel gegängelt fühlen. Sie werden nicht in die Position gebracht, auf Augenhöhe zu verhandeln. Was noch schlimmer ist: Oftmals werden sie auch von der bayerischen Agrarpolitik und der Verwaltung allein gelassen.

Jeder siebente Arbeitsplatz in Bayern ist von Land- und Forstwirtschaft abhängig. Die Agrarbranche ist ein Wirtschafts- und Lebensbereich, der gerade in strukturschwachen ländlichen Gebieten für Wertschöpfung und sozialen Frieden sorgt. Die Landwirtschaft ist ein Garant für den Wohlstand in unserem Land und für den Erhalt der Kulturlandschaft. Sie produziert hochwertige Nahrungsmittel und erhält das soziale Gefüge im ländlichen Raum aufrecht. Sie stabilisiert unser Land.

Die Landwirtschaft ist aber auch abhängig von Preisentwicklungen, die oftmals völlig losgelöst vom Markt entstehen. Schuld ist meist die extreme Marktmacht des Handels. So wurde heuer, zu Beginn der Grillsaison, der Preis für Schlachtschweine innerhalb von nur einer Woche um rund 10 % gesenkt. Die Verantwortlichen in den Schlachthöfen, die ich besucht habe, können sich das kaum erklären. Sie wissen nicht, woher sie die Schweine bekommen sollen, die sie für die Nachfrage schlachten müssten. Ähnlich verhält es sich mit der Milch. Obwohl die entsprechende Nachfrage vorhanden war, sanken im Jahr 2008 die Preise; es kam zur großen Milchmarktkrise.

Wie bekommt man das politisch in den Griff? Der Handel und die Verarbeiter begründen ihre Preisgestaltung mit veränderten Rahmenbedingungen. Aber auch in den bayerischen Ställen und Forsten verändern sich die Rahmenbedingungen. Dort steigen die Kosten ebenso.

Vor einigen Jahren wurde in diesem Haus über die Milchmarktkrise diskutiert. Es wurden Millionenhilfen zugesagt, um bäuerliche Strukturen zu retten. Wir alle waren der Meinung, dass wir die diesbezüglichen Rahmenbedingungen ändern müssten. Aber was ist passiert? Nichts anderes als Runde Tische wurden installiert, ohne dass im Übrigen die Rahmenbedingungen berührt wurden.

Herr Minister Brunner, bitte haben Sie den Mut, sich zukünftig offen auf die Seite der Erzeuger zu schlagen und dafür zu wirken, Anwalt der Menschen und nicht der Marktmacht zu sein. Dann sind Sie mit Ihrer Erklärung ziemlich im Einklang.

(Beifall bei der SPD)

Treten Sie für ein echtes Kriseninstrument im Milchmarkt ein. Der Bundesverband deutscher Milchviehhalter hat dafür bereits ein interessantes Konzept vorgelegt, auch in Ihrem Haus. So kann bei unternehmerischer Verantwortung und auf Augenhöhe mit dem Handel eine Situation wie die letzte Krise verhindert werden. Seien Sie tatsächlich offen. Diskutieren Sie darüber, und schauen Sie darauf, dass wir in diesem Bereich gemeinsam Lösungen bekommen. Auch das ist die Grundlage dafür, dass Wohlfühlevents in die Zukunft hinein gestrickt werden können. Den Menschen und seine Bedürfnisse durch Mut und Handeln in den Mittelpunkt zu stellen ist das Motto.

Das Motto "Vielfalt erhalten. Zukunft gestalten" hört sich gut an. Aber was steckt dahinter? Wir sagen Ihnen, Herr Brunner: Nebenerwerb, das ist Vielfalt. Bereits über 49 % der bayerischen Bäuerinnen und Bauern arbeiten im Nebenerwerb. Das ist nichts Exotisches. Es handelt sich dabei nicht um Landwirte zweiter Klasse, sondern das ist die Regel. Sie sollten tatsächlich den Menschen und nicht die Fläche in den Mittelpunkt stellen.

Aber die 49 % blenden Sie in Ihrer Regierungserklärung nahezu völlig aus. Der Nebenerwerb findet in Ihrer Erklärung nur einmal Erwähnung, und zwar bei den von Ihnen angepriesenen Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten. Was ist das für eine Sichtweise? Gibt es dort gleiche Verhältnisse? Zum einen preisen Sie die Standbeine, ver-

gessen – ja, unterschlagen - aber, wo der Standort ist. Wir kommen zu dem Ergebnis: Der Nebenerwerb kommt bei Ihnen viel zu kurz und damit auch 49 % unserer Landwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir die bäuerlichen Strukturen erhalten wollen, so darf die Ausbildung nicht vornehmlich auf die Haupterwerbsbetriebe mit 5.000 oder 10.000 Mastschweinen ausgerichtet werden. Gerade die bayerische Ausbildung muss die Vereinbarkeit der Landwirtschaft mit anderen Berufen aufzeigen.

Herr Staatsminister, Sie waren vor Kurzem in Österreich und wollten sich kundig machen, vielleicht auch über die dort bestehenden Möglichkeiten eines modernen Ausbildungssystems für die angehenden Betriebsleiter. In Österreich gibt es seit Langem ein modernes Ausbildungssystem für angehende Betriebsleiter. Es handelt sich um die sogenannte Doppelqualifikation. Dort werden neben den landwirtschaftlichen auch gewerbliche Berufsabschlüsse und Qualifikationen erworben. Wir fordern seit Jahren, dieses System hier zu übernehmen. Das tun wir auch weiterhin. Dazu hört man bei Ihnen leider nichts. Aber wir hoffen, dass Sie unsere in diesem Zusammenhang gemachten Anregungen aufnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Auch im Studienbereich gibt es einiges nachzuholen. Wissen Sie eigentlich, wo die einzige auf Landwirtschaft spezialisierte Fernuniversität in Deutschland ihren Sitz hat? - Sie sitzt in Bernburg in Sachsen-Anhalt. Jeder dritte bäuerliche Betrieb in Deutschland ist in Bayern ansässig. Wir wollen, dass das so bleibt. Es ist nicht zu viel verlangt, die Notwendigkeit eines berufsbegleitenden Fernstudiums in Bayern zu prüfen. Weihenstephan und Triesdorf bleiben Nebenerwerblern unerreichbar, nicht, weil sie nicht können oder wollen, sondern weil es der betriebliche Alltag und die Struktur einfach nicht hergeben. Hier müssen wir etwas tun; das ist der bayerische Weg.

(Beifall bei der SPD)

Im Hinblick auf kleinere und Nebenerwerbsbetriebe sind besonders auch andere Punkte anzusprechen, beispielsweise die Reduktion von Mindestinvestitionssummen bei der Förderung. Sie, Herr Brunner, sprechen nur von Obergrenzen, die zugunsten der bäuerlichen Strukturen eingeführt werden müssen. Herr Brunner, Sie wissen genau: Diese Obergrenzen liegen in Einzelbetrieben bei 750.000 Euro, in Zusammenschlüssen bei 1,5 Millionen Euro. Denken Sie, dass das die Grenzen für die real existierende, romantische kleinteilige Landwirtschaft in Bayern sind? Das ist wohl kaum der Fall. Es handelt sich um einen Placeboeffekt, der enttarnt werden muss. Das ist hiermit geschehen.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesen Erklärungen, Herr Brunner, betreiben Sie Kleinkunst im Maracana-Stadion; und das ist fast nicht sichtbar.

Lassen Sie mich, was Ihr Förderinstrument betrifft, zusammenfassen. Die Kühltheke für die Vermarktung vom Hofe aus wird nicht gefördert. Die Mindestförderung beträgt 30.000 Euro. Ein Stall mit 4.000 Mastschweinen wird gefördert. Das sind die Vorstellungen der bäuerlichen Landwirtschaft. Aber ganzheitlich ist das aus meiner Sicht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Tierwohlinitiative gab es bei der Förderung schon immer. Ich garantiere Ihnen auch diesmal, dass der Anteil an der Fördersumme unter 15 % liegt. Darauf kann man Wetten abschließen, auch wenn man weiß, dass Wetten Ehrensache sind.

Was fehlt, Herr Brunner, ist der Markt für Tierwohlprodukte. Reden Sie einmal mit den Verantwortlichen des Vion-Konzerns über das Tierschutzlabel. Leider läuft diese Maßnahme nicht richtig an, weil der Verbraucher gar nicht bereit ist, hier eine Leistung zu

erbringen. Da ist die Ernährungsbildung gefragt. Ein neues Label aufzubringen, ergibt vielleicht ein schönes Foto für das Event, belebt aber nicht den Markt.

(Beifall bei der SPD)

Die Förderungen ermöglichen die Vielfalt. Die europäische Agrarpolitik wurde in diesem Haus hinreichend, wenn auch nicht erschöpfend diskutiert. Wir haben in diesem Haus in der vergangenen Legislaturperiode Anträge zur Umschichtung von Direktzahlungen in die zweite Säule gestellt, um mittelständische Betriebsstrukturen im Rahmen der Agrar- und Umweltmaßnahmen zu fördern.

Damals wurde uns vonseiten des Bauerverbandes und von Ihnen vorgeworfen, wir zögen den Bauern das Geld aus der Tasche. Und wie ist es heute? Damals, 2010, haben Sie und Herr Füracker als geflissentliche Herolde des Bauernverbandes wörtlich verkündet: Mit uns keine Umschichtungen! Und heute? - Heute schmücken und zelebrieren Sie die Umschichtung zugunsten der zweiten Säule und der Förderung der ersten Hektare als Ihr Verdienst. Das ist zwar eine gute Maßnahme, aber halten wir fest: Diese Vereinbarung ist nur deswegen zustande gekommen, weil sozialdemokratisch regierte Länder dazu ihre Zustimmung gegeben haben. Ohne diese gäbe es diesen bayerischen Weg nicht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Brunner, wir dachten, abgesehen von der Ausgestaltung der ökologischen Vorrangflächen sind wir auf einem guten Weg. Aber was lesen wir aktuell? - Im "DLZ-Agrarmagazin" von Juli 2014 steht auf Seite 110: Wollen Sie bestehende Verträge im Ökolandbau köpfen? Sie streichen die Mittel für die Biobauern – ein erneuter Vertragsbruch. Da werden 14 % genannt. Ihr Haus hat sich dagegen nicht gewandt. Wäre es in dem Zusammenhang unlauter, so wäre ich überzeugt, dass eine verantwortungsvolle Verwaltung sofort gegensteuert. Ich habe zwar nichts dergleichen gehört, aber diese ganze Geschichte ist natürlich deswegen leichter zu verbrämen, weil zugleich der Fördersockel erhöht wird, sodass die Kürzung durch die Förderung aufgehoben

wird. Wer uns vorwirft, Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen, muss vorsichtig sein, wenn er solches ankündigt und dann auch noch als eigenes Verdienst preist.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, Herr Brunner – im Agrarbereich ist es allgemein bekannt -, dass Sie im Biolandbau häufig Alleinunterhalter sind, teilweise ohne Rückhalt in der eigenen Fraktion. Während Sie auf Hoffesten gern eine Verdoppelung der Anbaufläche fordern, vertritt die Fraktion im Ausschuss die Meinung – das ist ein wörtliches Zitat -: Für jeden neuen Biobetrieb muss ein anderer Biobauer aufgeben. Aber das geht nicht mehr. Offensichtlich hat Ihre Fraktion erkannt, dass Ihre Events gut ankommen. Je oberflächlicher sie sind, desto besser. Aber der dahinterstehende Prozess wird von anderen gestaltet. Da sind wir nicht bei der Masse, sondern bei Ihnen. Wir unterstützen Sie in Ihrer Situation, damit Sie nicht nur mehr Alleinunterhalter sind, sondern diese Gedanken bei einer Mehrheit in der CSU voranbringen können.

(Beifall bei der SPD)

Vielfalt braucht Verlässlichkeit. Verlässlichkeit sollte der Grundpfeiler der Politik sein. Was bedeutet das in Bayern? Die Fördersätze für freiwillige Umweltleistungen der Bauern in laufenden Verträgen wurden gekürzt. Unter Juristen nennt man das Vertragsbruch; das habe ich schon erwähnt. Herr Ministerpräsident Seehofer verkündet den massiven Ausbau der Energiegewinnung aus Biogas in Bayern. Gleichzeitig geht der Ausbau auf ein historisches Tief zurück. Regionale Vermarktung soll gefördert werden, doch gleichzeitig gibt es für die Verbraucher keine klare Kennzeichnung. Frau Kollegin Noichl, die nunmehr im Europaparlament wirkt, hat einmal bemerkt: Sie sind mit jeder Kuh in Bayern auf Du, schaffen es aber nicht, die Milch sauber zu deklarieren. - Damit hat sie recht; auch in Europa wird sie damit recht haben.

(Beifall bei der SPD)

Ein Weiteres bekümmert uns, weil es die Struktur betrifft. Sie sehen mit an, wie die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau mit Sitz in Kassel – auch diese kennen Sie, Herr Ministerpräsident - immer mehr Dienststellen in Bayern schließt. Das bedeutet Zentralismus statt Betreuung der Versicherten vor Ort, und das, obwohl jeder dritte bäuerliche Betrieb in Bayern sitzt. Für Landwirte, die im Nebenerwerb arbeiten, ist das eine Katastrophe. Ich nenne Ihnen einige Zahlen: Feuchtwangen, 7 Beschäftigte, Schließung; Fürth, 27 Beschäftigte, Standortverkleinerung mit dem Ziel der Schließung; Mühldorf, 90 Beschäftigte, Verkleinerung mit dem Ziel der Schließung; München, 280 Beschäftigte, Ziel der Schließung; Würzburg, 250 Beschäftigte, Standortverkleinerung.

Darunter versteht man nicht den sogenannten bayerischen Weg, sondern dieser Weg führt aus Bayern hinaus. Das können wir so nicht unterschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Zur Vielfalt der Wälder betone ich: Wir wollen keine einfache Waldstilllegung. Wir haben hier unsere volle und nachhaltige Unterstützung für Sie häufig dokumentiert. Wir wollen flächige Naturschutzkonzepte neben unbewirtschafteten nationalen Naturparks. Zur Vielfalt gehört aber auch die Möglichkeit, dass sich Wälder auf natürliche Weise verjüngen. Herr Brunner, hier würden wir uns wünschen, dass Sie sich von manchen Verbänden etwas emanzipieren und dies auf Dauer durchhalten. So kann es nicht angehen, dass die Forstverwaltung vor der Veröffentlichung des revierweisen Gutachtens zuerst bei der Jägerschaft vorstellig werden muss, um die Ergebnisse abnicken oder revidieren zu lassen. In vielen Wäldern Bayerns, insbesondere in Schutzwäldern, gab es seit Jahren keine natürliche Verjüngung mehr. Hier muss entschieden gehandelt werden. Das ist der Weg in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Zum Nationalpark Steigerwald haben wir uns in diesem Haus klar und deutlich positioniert. Das gilt insbesondere für die Fraktion. Herr Brunner, mit Ihren Ausführungen

bauen Sie künstlich Gegensätze auf. Die Gegensätze haben Sie geschaffen. Wenn Sie Anhänger der Kausalitätslehre sind, werden Sie das auch befürworten. Sie bezeichnen Mehrheiten vor Ort als irrelevant und ziehen teilweise sogar Rechtsbruch durch die Aufhebung von Verordnungen in Betracht. Der Steigerwald ist wohl vor Ort entstanden. Er ist nicht nur, aber auch mit der dortigen Wirtschaft, vor allem aber mit den Menschen entstanden. Der Mensch steht im Mittelpunkt Ihrer Politik; also hören Sie auch auf die Menschen und orientieren Sie sich nicht an irgendwelchen marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, die in diesem Zusammenhang zwar wichtig, aber nicht ausschlaggebend sind!

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Thema Ernährungsbildung. Herr Brunner, wir stehen nicht immer auf der Seite des Bauernverbandes; das ist klar. Aber in diesem Fall muss man verdeutlichen, dass die Landfrauen des Bayerischen Bauernverbandes unsere volle Unterstützung genießen, und zwar nicht nur wegen ihres Äußeren und ihrer Kompetenz. Wir brauchen ein schulartübergreifendes Fach Alltags- und Lebensökonomie, in dem die Kinder und Heranwachsenden lernen, was gesunde Ernährung aus der Region bedeutet. Hier genügt es eben nicht, für knapp 300.000 Euro Heu an die Schulen zu schicken – so war es, Herr Brunner -, sondern hier brauchen wir eine Verstetigung des Lehrangebots. Mit dem Heu allein ist nichts gewonnen.

(Beifall bei der SPD)

Bewegen Sie sich doch auf diesem Gebiet! Wenn wir den jungen Menschen eine gesunde Lebensweise mit auf den Weg geben können, muss später vieles nicht korrigiert werden, auch nicht durch die Krankenkassen.

Herr Brunner, mittlerweile sind Sie der Lordsiegelbewahrer der zahlreichen Siegel und vermehren diese Siegel bis zu einer zahlenmäßigen Versiegelung des Verbraucherbewusstseins.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich kann es Ihnen erklären. Aktuell gibt es ein bayerisches Biosiegel, das Siegel des Verbandes, das EU-Siegel, das Siegel des Supermarktes und das Regionalsiegel. Das bedeutet eine Herausforderung für den Verbraucher. Lieber Herr Brunner, das Siegel bietet wohl nur einen schlechten punktuellen Anreiz, wie bereits erwähnt. Erklären wir doch den Kindern und vor allen Dingen ihren Eltern, worauf es beim Konsum von Lebensmitteln ankommt, statt immer neue Siegel zu schaffen. Die Zertifizierungsunternehmen werden Sie wohl bald in irgendeiner Weise zu Recht ehren. Das wäre doch kein Verdienst, das den bayerischen Weg vorzeichnet.

(Beifall bei der SPD)

Ihre wunderbare Ausweitung des Schulfruchtprogramms auf Kindertagesstätten hat mich durchaus erstaunt. Ich habe bewusst zu Frau Kollegin Brendel-Fischer hinübergesehen. Wir haben vor knapp zwei Monaten, im Mai, einen Antrag gestellt mit dem Ziel, das Schulfruchtprogramm auszuweiten. Die einzige Fraktion, die diesen Antrag abgelehnt hat, war die CSU. Wir haben den Verdacht, dass unser Staatsminister Brunner wieder einmal Alleinunterhalter auf diesem Gebiet ist, und wünschen uns, dass Sie – die CSU-Fraktion - bei diesem sinnvollen Anliegen nachziehen. Sie sollen nicht nur hier applaudieren, sondern auch später mit uns Nägel mit Köpfen machen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Brunner, wir unterstützen Ihre zahlreichen Ankündigungen, die teilweise sinnvoll waren. Leider blieb es oftmals bei Ankündigungen. Wir wissen, dass die Fahnisse der Politik, insbesondere der Verbände, oftmals schwere Gezeiten erzeugen und der Sog stärker ist als der eigene Wille und der eigene Wunsch, gelegentlich auch stärker als die eigene politische Überzeugung. Gleichwohl muss jemand, der als Wanderführer für den bayerischen Weg auftritt, wissen, wohin der Weg führt, und gewissermaßen über einen inneren Kompass verfügen. Sie sprechen sich für nachhaltige und vielfältige Landwirtschaft aus; diese befürworten auch wir. Wir wollen sie unabhängig von der

Wirtschaftsweise und Größe fördern. Doch nehmen Sie bitte die Nebenerwerbslandwirtschaft auch aufgrund ihrer gesellschaftlichen und sozialpolitischen Relevanz in den Fokus; sie ist hier viel zu kurz gekommen. Wenn Menschen tagtäglich zur Arbeit gehen und sich nebenher um ihren Hof kümmern, können sie nicht ebenso behandelt werden, wie dies zu Recht für Menschen gilt, die Landwirtschaft als Haupterwerb betreiben. Hier kommen nur zwei Sätze dazu vor. Das ist uns zu wenig und legt den Verdacht nahe, dass darüber zu wenig nachgedacht worden ist.

Wir wollen die Akzeptanz der Landwirtschaft in der Bevölkerung erhöhen. Selbst der Bayerische Bauernverband und andere geben zu, dass eine Diskrepanz zwischen der Akzeptanz der Landwirtschaft in der Bevölkerung auf der einen Seite und der Praxis auf der anderen Seite besteht. Dazu ist es notwendig, die sozialpolitische Komponente zu verstärken, über Arbeitsbedingungen zu sprechen und Lohn und Mindestlohn zumindest zu thematisieren, damit ein Bewusstsein für dieses Problem in der Gesellschaft, in der es bereits besteht, tatsächlich ankommt.

Herr Brunner, Ihr Angebot, mit Ihnen gemeinsam einen Weg zu finden, nehmen wir gerne an. Wir sehen es aber auch sehr kritisch, wie Sie bereits vernommen haben. Wir werden die Gelegenheit, Sie dort zu fördern, wo Sie alleine stehen, nicht auslassen. Dort, wo Sie nach unserer Ansicht nicht richtig stehen, werden wir versuchen, Ihren Standort zu verändern. In diesem Sinne ist unsere Erklärung dahin gehend aufzufassen, dass wir zwar das Konstruktive als Element für die nächsten drei Jahre erkennen, aber die Kritik an diesem Konstruktiven in den Vordergrund stellen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herzlichen Dank. Als Nächste bitte ich Frau Kollegin Schorer ans Rednerpult.

**Angelika Schorer (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Unser Landwirtschaftsminister Helmut Brunner hat

heute in diesem Hohen Haus eine Vielzahl an Themen in eindrucksvoller Weise vorgestellt. Er hat angekündigt, die Vielfalt in der bayerischen Landwirtschaft auch in Zukunft zu erhalten. Er hat uns anhand vieler Beispiele dargelegt, wo in der Ausrichtung der bayerischen Agrarpolitik unsere Schwerpunkte liegen.

Minister Brunner hat auch die großen Themen angesprochen. Sehr geehrter Herr Kollege Arnold, nichts ist hier selbstverständlich gewesen. Alles, was wir hier in unserem Ausschuss insgesamt diskutieren, war harte Arbeit, um auf Bundesebene und auch auf anderen Ebenen die Rahmenbedingungen zu schaffen, die wir auf bayerischer Ebene ausgestaltet und fortgeführt haben. Es war wichtig, dass Staatsminister Brunner heute gesagt hat, die bäuerlichen Betriebe sind für die Zukunft wichtig und wir stehen ein für den Haupt- und den Nebenerwerbsbetrieb. Unsere Konzepte zeigen dies, sei es in der Aus- oder Fortbildung oder in vielen anderen Bereichen, in denen wir wirklich versuchen, für den Haupt- und den Nebenerwerbsbetrieb vieles zu erreichen. "Innovation statt Stillstand" ist ein wichtiges Thema, das unser Minister nicht nur immer wieder anspricht, sondern auch in seiner Agrarpolitik und Arbeit lebt.

Ich möchte heute auch in den Mittelpunkt stellen, dass wir uns dafür eingesetzt haben, wie bei vielen Punkten deutlich wird, die ich noch aufzeigen möchte. Wir stellen regional, ökologisch und konventionell erzeugte Lebensmittel in den Fokus, machen dabei keine Unterschiede, sondern stellen diese Lebensmittel nebeneinander. Wir haben unsere Programme darauf ausgerichtet und setzen unsere bayerischen Mittel intensiv dafür ein. Wir stellen die Ernährung insgesamt und die Transparenz für den Verbraucher in den Mittelpunkt.

Wir stellen auch die bayerische Forstpolitik in den Mittelpunkt. Der bayerische Weg in der Forstpolitik zeichnet sich auch in der Bundespolitik ab. Diesen Weg gehen bereits viele andere Länder. Wir setzen auf Freiwilligkeit und auf viele Maßnahmen, auf die ich noch eingehen möchte.

Unser Minister hat uns heute Antworten und Konzepte mitgegeben und deutlich gemacht, was in Bayern innovative, nachhaltige Landwirtschaft bedeutet. Mit Beginn der Grillsaison gehen die Preise nach oben. Sie, Herr Minister, haben es erwähnt. Bayern ist auf diesem Markt sehr gut aufgestellt.

Natürlich sind wir auf diesem Markt aktuell mit Fleisch, Milch, Getreide und, Gott sei Dank, mit hohen Preisen für unsere Erzeuger gut aufgestellt. Aber daran müssen wir ständig arbeiten. Die Vermarktung und andere Bereiche müssen wir vonseiten der bayerischen Politik mit Maßnahmen unterstützen. Was wir tun können, tun wir. Allerdings können wir den Markt nicht in dem Maße, wie wir es wünschen, beeinflussen. Aber unser Minister hat auf der Agrarministerkonferenz eindrucksvoll dargelegt, was er auf diesem Gebiet alles erreicht hat. Das war schon ein Verdienst der bayerischen Agrarpolitik. Auf diesem Gebiet hat Bayern den Ton angegeben.

Unserer Fraktion war es wichtig, in der ersten Säule die Direktzahlungen auf einem hohen Niveau zu halten und – das machen nicht alle Bundesländer – die Verlagerung von 4,5 % gegenzufinanzieren, wie wir es in den vergangenen Jahren gemacht haben. Wir sind das einzige Bundesland, das auf diesem Gebiet mit dem KULAP und anderen Maßnahmen gegenfinanziert, also diese hohen Fördermittel zur Verfügung stellt. Es war uns aber auch wichtig, im Rahmen des Greenings erträgliche Ansätze zu finden, in der Ausgestaltung mitzuarbeiten und hier für unsere bayerischen Bauern etwas Positives zu erreichen. Es gilt, die bereits jetzt in hohem Maße vorhandenen Umweltleistungen in der Öffentlichkeit darzustellen und sie in die weitere Entwicklung der bayerischen Politik einzubeziehen.

Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen des Agrarausschusses besonders ansprechen. Natürlich haben wir uns in Bezug auf die aktuelle Agrarpolitik in den letzten Monaten sehr viele Gedanken darüber gemacht, wie wir bei den vorhandenen Rahmenbedingungen bayerische Akzente setzen können, etwa in der Weiterentwicklung des KULAP, beim Neustart, bei der Verbesserung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung und durch andere Maßnahmen. Ich bin mit Blick auf unsere Diskussionen

schon der Meinung, dass wir gute Lösungen gefunden haben und ein KULAP anbieten können, das unsere Landwirte in der Praxis umsetzen können, wobei der Umweltgedanke nicht nur im Vordergrund steht, sondern in jede Einzelmaßnahme Eingang findet.

Bis zum Jahr 2020 werden im KULAP 1,25 Milliarden Euro, also knapp 200 Millionen Euro pro Jahr, zur Verfügung stehen. Auch bayerisches Geld legen wir drauf. Das muss man heute erwähnen, denn das ist wichtig. Auch der Minister hat es erwähnt.

Ich danke auch unserem Ministerpräsidenten dafür, dass er nicht nur immer wieder Unterstützung signalisiert, sondern dass das Versprochene eingehalten wird und sich die Landwirte in Zukunft darauf verlassen können. Wir können insgesamt stolz auf das Vertrauen unserer Landwirte darauf sein, dass wir das, was wir in der Regierungserklärung verkündet haben, auch einhalten werden und mit bedeutenden Maßnahmen Schwerpunkte setzen, auch im Ökolandbau.

Am Schluss möchte ich noch darauf eingehen, dass uns das Thema Tierwohl besonders am Herzen liegt. Ich möchte natürlich nicht alle Teile der Regierungserklärung wiederholen. Aber man sollte ein paar Punkte herausnehmen, etwa dass uns zum Beispiel das Thema Eiweißpflanzenerzeugung in der Region und viele andere Themen, die wir in den vergangenen Wochen diskutiert haben, am Herzen liegen.

Ich möchte heute nochmals deutlich machen: Wir haben in Bayern wirklich seit vielen Jahren vielfältige Programme in einer Höhe aufgelegt, wovon andere Bundesländer nur träumen können. Es wird immer wieder der Vergleich mit dem aktuell in Baden-Württemberg diskutierten, auf sehr hohem Niveau befindlichen MEKA-Programm angestellt. Mit diesem Programm können sie uns in Bayern nicht erreichen. Auch das zeigt, dass wir hier kontinuierlich weiterarbeiten.

Wir haben in der bayerischen Landschaft nicht nur eine hohe Bruttowertschöpfung, sondern, wie unser Minister aufgezeigt hat, eine Rekordhöhe der Agrarexporte im Jahr 2013 von 8,5 Milliarden Euro, die natürlich gesteigert wird. Das wollen wir alle. Ich

gehe davon aus, dass das auch andere Kollegen erwähnen werden. Das heißt, dass hier die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist und unsere Landwirte standorttreu sind. Das sollte man immer wieder bedenken. Kein Landwirt erwägt, sich irgendwo anders auszubreiten. Es gilt vielmehr, in Bayern die Landwirtschaft und die Natur voranzubringen und hier zu arbeiten. Wir sollten im Blick haben, dass unsere Landwirte Unternehmer sind, im In- und Ausland eine große Marktposition innehaben und sie weiterentwickeln.

Wir wollen diese Vermarktungen mit vielen Einzelmaßnahmen unterstützen. Sie haben heute immer wieder den Begriff "Öko" in den Mund genommen. Natürlich liegt uns viel an der regionalen Vermarktung. Mit dem neuen Programm VuVregio wurde aktuell insbesondere mit höheren Maßnahmen und Fördersätzen für den Ökobereich ein Schwerpunkt gesetzt. Man kann also nicht alles schlechtreden, sondern muss immer wieder deutlich machen, dass wir auch in Bayern großen Wert auf den Bereich Öko legen. Wir wollen aber natürlich alle Bereiche unterstützen.

Unser Minister hat heute natürlich auch den Blick auf die Ernährung dargelegt, insbesondere die Ernährung im jugendlichen Alter. Aber nicht nur in diesem Jahr, sondern bereits in der Vergangenheit haben wir den Blick darauf gerichtet und das Ganze immer weiter ausgebaut. Auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen wissen, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Ich möchte auch das Schulfruchtprogramm ansprechen. Lieber Herr Kollege, wir haben darauf gewartet: Wir hatten jetzt eine 50-prozentige EU-Förderung, die neue EU-Förderung des Schulfruchtprogramms wird dagegen 75 % betragen.

Natürlich richten wir im Doppelhaushalt den Fokus auf viele Einzelmaßnahmen. Wir wollen dem Haushaltsgesetzgeber zwar nicht vorgreifen, aber wir sind natürlich für diese Programme und werden sie auch weiterentwickeln. Es ist sehr gut, dass unser Minister dieses Thema heute angesprochen hat.

Wichtig ist es auch, die bayerische Landwirtschaft dem Verbraucher darzustellen. Sie haben das angesprochen, es ist auch immer wieder Thema in unserem Ausschuss. Natürlich ist die Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Natürlich ist es wichtig, dass der Landwirtschaftsminister viele Maßnahmen darstellt und in hohem Maße Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Unsere Premiumprodukte sollen in der Öffentlichkeit nicht nur dargestellt, sondern mit vielen Aktivitäten untermauert werden. Dazu eine Meinung zu bilden, hat eine große Bedeutung. Vor allem müssen wir noch mehr Einblick in die Produktionsweisen geben – das geschieht hier auch aktuell. Das ist der richtige Weg. Wir sollen nicht nur reden, sondern den Dialog mit dem Verbraucher führen und zusammen mit den Berufsverbänden eine richtige öffentliche Darstellung betreiben. Ich bin der Meinung, dass ein informierter Verbraucher auch ein zufriedener Verbraucher ist. Lassen Sie uns bitte auf diesem Weg gemeinsam weitergehen - offensiv, vertrauensvoll und natürlich auch mit der nötigen Transparenz. Dann werden unsere Produkte in der Zukunft in Bayern, in unserer Region noch mehr an Wertschätzung erfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auch noch ein weiteres Thema ansprechen, welches mir persönlich sehr am Herzen liegt. Es ist das Thema Wald in Bayern. Da denke ich auch an die Wertschöpfung aus unserem bayerischen Wald, aus der Holz-, Forst- und Papierbranche, einer umsatzstarken Branche. Diese Branche ist nicht nur im Allgäu, sondern auch in Gesamtbayern wirtschaftsstark.

(Beifall bei der CSU)

700.000 Waldbesitzer erzielen in etwa – wir haben noch nicht den aktuellen Agrarbericht – 40 Milliarden Gesamtumsatz. 190.000 Menschen sind in dieser Branche beschäftigt. Da soll mir jemand sagen, die Land- und Forstwirtschaft und die Ernährungsindustrie wären in Bayern keine wichtige Branche. Wir sind einer der wichtigsten Arbeitgeber im ländlichen Raum. Das möchte ich heute auch noch einmal herausstellen.

Es war der richtige Weg, den unser Minister gegangen ist, als er dafür gekämpft hat, dass die Flächen im Wald nicht stillgelegt werden, sondern dass wir auf stabile Wälder, auf Mischwälder und auf die Bergwaldoffensive, die wir uns morgen anschauen werden, und auf die Weiterentwicklung, die seit den Achtzigerjahren stattgefunden hat, bauen. Allein aus diesem Grund zeigen sich unsere Wälder vielfältig und leistungsfähig. Es war nicht Ihr Wille, Herr Kollege, aber der Wille der SPD, im Bundestag, dass wir Flächen stilllegen. Im Bund lief die Diskussion aber ganz anders. In der Koalition wurde ganz anders diskutiert. Es war schwierig, dass wir die Flächenstilllegung aus dem Koalitionsvertrag herausgebracht haben. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir hier auf gleicher Linie sind und gemeinsam über diese Themen diskutieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen aber, dass die Wald- und Forstwirtschaft weiterentwickelt wird. Ich bin sehr dankbar dafür, dass unser Ministerpräsident im vergangenen Jahr mit den Waldbesitzern und dem Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten den bayerischen Waldpakt geschlossen, damit Zeichen gesetzt und viel für die Zukunft formuliert hat. Es war wichtig und richtig, dass wir diesen Weg weitergehen, diesen integrativen Ansatz weiterführen und damit den privaten und den Körperschaftswald auf diese Weise unterstützen und Anreize dafür setzen, dass noch mehr passiert. Mit Unterstützung von staatlicher Seite müssen wir in Qualität investieren. Es war wichtig, dass wir über die Stärkung der Selbsthilfeeinrichtungen nicht nur diskutiert haben, sondern dass wir das auch vereinbart haben. Natürlich werden wir im Doppelhaushalt dafür Akzente setzen. Dazu hoffe ich auf eine Unterstützung durch das gesamte Hohe Haus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte heute auch noch ein paar Sätze zum Thema Öko sagen. Wir in Bayern haben Öko nicht in diesem Jahr und auch nicht im vorigen Jahr neu erfunden. Die Förderung der ökologischen Landwirtschaft findet seit vielen Jahren statt. Wir brauchen dabei keinen Vergleich zu scheuen. Ich möchte heute die Zahlen noch nennen, ich habe sie mitgenommen. Die Förderung pro Hektar lag in Bayern bisher bei 200 Euro. In Schleswig-Holstein zum Beispiel betrug sie bis-

her 137 Euro. Die zukünftige Förderung, über die wir nachdenken – wir sind dabei noch mitten im Fluss –, wird in Bayern bei 234 Euro je Hektar liegen. Wir können jetzt alle anderen Länder nehmen. Das einzige Land, das endlich auf diese hohe Förderung nachzieht, ist Baden-Württemberg. Die anderen Länder erhöhen gerade einmal von 130 auf 180 Euro. Deshalb möchte ich auch ansprechen, wie hoch die Zahlen in anderen Ländern sind.

Wir haben in Bayern über das Ökoprogramm nicht nur diskutiert, sondern sind auch in Details gegangen und haben damit deutlich gemacht, was uns wichtig ist. Wichtig ist uns nicht nur die Förderung je Hektar, wichtig sind uns auch Bildung, Beratung, Förderung, Vermarktung und Forschung. Auf diese Maßnahmen richten wir nicht nur jetzt, sondern schon seit vielen Jahren den Fokus. Wir werden sie auch weiterentwickeln. Auch die Fortführung der Umstellungsprämie, die immer wieder in der Diskussion steht, möchte ich heute erwähnen. Wir stellen sie nicht infrage, sondern wir stehen zur ökologischen Landwirtschaft und wollen diese auch in Zukunft unterstützen. Auch in unserem einzelbetrieblichen Förderprogramm findet das Eingang. Auch mit einzelbetrieblichen Förderungen wollen wir diesen Weg weitergehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte heute auch noch ein Dankeschön an unseren Minister und an das Hohe Haus dafür sagen, dass wir nicht nur für den bayerischen Weg der Landwirtschaft Unterstützung bekommen, sondern dass es auch wirklich so ist, wie heute eine bayerische Zeitung titelte: Bayern als Musterland im Bereich Landwirtschaft. Darauf können wir nicht nur stolz sein, sondern an diesem Erfolg müssen wir weiterarbeiten, damit wir auch in Zukunft so gut aufgestellt sind. Lassen Sie uns die Premiumprodukte und die gut aufgestellte Landwirtschaft weiterentwickeln! Nachdem wir aktuell das Fußballfieber haben, möchte ich einen Vergleich mit dem Fußball machen. Unsere Landwirte müssen sich wie unsere Fußballer abrackern, und das genauso wie unser deutsches Team bei jedem Wetter, bei schwierigen Bedingungen und mit ständig neuen Herausforderungen. Daran lassen Sie uns weiterarbeiten,

mit Ihrer Unterstützung, mit durchdachten, zukunftsorientierten Themen, mit durchdachter, zukunftsorientierter Politik und vor allem zum Wohle unserer Landwirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich bitte jetzt den Kollegen Dr. Herz zum Rednerpult.

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher – mich freut es besonders, dass aus meinem Heimatort Wertach einige Leute da sind –, ich möchte sie herzlich grüßen. Lieber Minister Helmut Brunner, vielen Dank für die Auswahl des heutigen Themas. Damit haben wir die Gelegenheit, Land- und Forstwirtschaft von Zeit zu Zeit immer wieder zu thematisieren. Wir sind in einer Gesellschaft, in der Ernährung, Essen und Trinken häufig zu einer Selbstverständlichkeit geworden sind. Die heutige Debatte soll klarmachen, dass dem nicht so ist. Sie dient dazu klarzumachen, dass wir uns immer wieder neu um gute und faire Rahmenbedingungen bemühen müssen. Mich hat es auch deshalb gefreut, weil ich mit einem gewissen Erstaunen – das ist jetzt schon ein halbes Jahr her – vernommen habe, dass zur Ernennung des neuen Bundeslandwirtschaftsministers eigentlich nur die beiden Kriterien regionale Herkunft und Konfession ausgereicht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, das sollte uns alle ansprechen: Wir reden häufig über das Bild bestimmter Berufsgruppen in der Öffentlichkeit. Aber damit haben wir nicht das richtige Zeichen gesetzt; denn nicht nur Berufskollegen sagen häufig: Wenn das so ist, dann kann das jeder. – Ich will das nicht weiter ausführen, aber das sollte doch dem einen oder anderen besonders aus Ihrer Fraktion auf der rechten Seite zu denken geben. Wir sind ein Stück weit verpflichtet, den Menschen zu sagen: Diese Menschen können diese und jene Gruppe auch repräsentieren.

Bevor ich zum Thema komme, darf ich positiv erwähnen, dass es sehr erfreulich ist, dass sich der Herr Ministerpräsident für dieses Thema Zeit nimmt.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

In der Vergangenheit gab es den einen oder anderen Ministerpräsidenten, der das nicht getan hat. Ein gutes Zeichen ist es, dass Sie, Herr Ministerpräsident, sich die Zeit nehmen und sich sagen: Beim Thema Land- und Forstwirtschaft höre ich zu; vielleicht schalte ich mich sogar auch noch in die Debatte ein.

Herr Minister Brunner, Sie haben Ihre Rede in zehn Punkten sehr gut gegliedert. Ich will versuchen, zu den einzelnen Punkten verschiedene Aspekte zu nennen, sie zu beleuchten und zu sagen, wo das Ganze eine andere Bedeutung bekommen sollte. Der erste Punkt war: Bäuerliche Betriebe statt industrieller Großbetriebe. Es war mit Ihr Verdienst, dass bei der letzten großen Agrarministerkonferenz durchgesetzt wurde, dass die kleinen Betriebe bessergestellt werden. Alle Insider wissen, dass es jetzt für die ersten 30 Hektar jeweils 50 Euro mehr Förderung gibt, also 1.500 Euro, und für die nächsten 16 Hektar jeweils 30 Euro, was weitere 480 Euro ausmacht. Aufgerundet sind das jährlich etwa 2.000 Euro mehr. Das klingt zunächst ganz gut und schön. Aber wir müssen natürlich die Realität sehen und diesen Betrag mit dem verrechnen, was vorher abgezogen wurde. Dann relativiert sich das Ganze; denn es bleiben nur noch 1.000 Euro übrig. Ein Betrieb dehnt aber wegen 1.000 Euro im Jahr nicht seine Produktion aus oder fährt sie deswegen zurück. Es geht eher um die Frage: Zurückfahren oder aufhören? – Darüber können wir streiten, aber das ist nicht entscheidend. Ich erkenne an, dass hier vor allem ein psychologischer Effekt zum Tragen kommt.

Aber – und jetzt kommt schon der erste Wermutstropfen; wir werden darüber in der heutigen Diskussion noch sprechen – wir hatten im vergangenen Jahr das erste Mal sehr viele Rückumstellungen bei Biobetrieben. Sie haben früher immer das Ziel ausgegeben, dass Bayern eine Vorreiterrolle in der Biolandwirtschaft spielen soll. Anscheinend gibt es hier Probleme; darüber sollten wir hier in der Debatte vielleicht noch

sprechen. Ich zähle die Mehrzahl der Biobetriebe zu den Betrieben in den kleineren Größenklassen; und hier gibt es anscheinend Verwerfungen.

Sie sagen, dass wir das Miteinander von Zu-, Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben in der bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern glänzend schaffen. Das kann man natürlich bei oberflächlichem Hinschauen so sehen. Ich erinnere mich an das Wahlplakat der CSU: "Bayern. Das Land". Dahinter waren blühende Landschaften und lächelnde Berufskollegen abgebildet. Die gibt es sicher, und es gehört auch dazu, dass man immer wieder versucht, das Schöne und das weniger Schöne eines Berufs gegeneinander abzuwägen. Am Beispiel des Milchmarktes möchte ich deutlich machen, dass diese Zukunft keineswegs so auf Rosen gebettet ist, wie meine beiden Vorredner von der CSU berichtet haben - nicht fälschlicherweise, aber vielleicht um Probleme zu umgehen.

(Horst Arnold (SPD): Absichtlich!)

Der Milchmarkt wird bekanntlich am 01.04.2015 in eine völlig neue Situation und Richtung kommen, denn – das ist sicher bekannt - zum 01.04.2015 endet die Quotenregelung. Wir hatten sie jetzt 20 Jahre seit 1984. Man kann darüber streiten, ob sie sich bewährt hat. Ich kenne aber nur wenige Berufskollegen, die sich freuen, wenn der freie Markt endlich kommt; zu ihnen gehört beispielsweise der Vizepräsident des Bauernverbandes. Die Mehrzahl der Berufskollegen sieht das sicherlich mit gemischten Gefühlen. Gerade Bayern wird mit seiner immer noch kleinbetrieblichen Struktur erhebliche Probleme bekommen. Ich habe mich insoweit informiert; ich habe allerdings nur bis Ende des Jahres 2009 belastbare Zahlen gefunden. Wir haben in Bayern jetzt noch knapp 40.000 Milcherzeuger. Im letzten Jahrtausend waren es noch weit mehr, über 100.000. Man sieht also: Der Strukturwandel geht immer weiter, auch durch diese – in Anführungszeichen – "ganz tolle" bayerische Politik. Alles ist relativ; wir haben also noch knapp 40.000 Milcherzeuger. Von diesen wirtschaftet die überwiegende Zahl in alten, traditionellen Ställen und kleinbetrieblicher Struktur mit - ich sage jetzt einmal: - bis zu 40 Kühen. Das betrachten wir heute schon als Kleinbetrieb.

Unser Milchmarkt war in der Vergangenheit relativ häufig von schwankenden Preisen gekennzeichnet. Wir hatten jetzt ein langes Hoch; so ein langes hatten wir eigentlich noch nie, außer in den Neunzigerjahren. Damals hatten wir Preise von bis zu 50 Cent. Nach dem 01.04.2015 wird eine gewisse Stabilisierung des Milchmarktes nicht mehr obligatorisch sein; denn alle Erfahrungen zeigen, dass hier schwierige Situationen auftreten können. Vorhin hat die Vorsitzende des Agrarausschusses gesprochen; ich hielt es für eine sehr vernünftige Idee, die Erfahrungen anderer Länder anzuschauen, bevor diese Situation kommt. Ich nenne einmal die kleine Schweiz. Sie werden fragen, was die Schweiz gegenüber dem großen europäischen Markt soll. Aber die Schweiz hat vor wenigen Jahren von der Quotierung, die wir jetzt noch haben, auf den freien Markt umgestellt. Wer genau hinsieht, hat hier beobachten können, dass eine ganze Reihe von Betrieben aufhören musste. Viele haben immer noch Probleme. Die Molke-  
reiwirtschaft ist in erhebliche Turbulenzen geraten. Da muss ich fragen: Wollen wir das auch in Bayern?

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herr Dr. Herz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Steiner?

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Bitte.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Bitte schön, Herr Steiner.

**Klaus Steiner (CSU):** Herr Kollege, ich habe Verständnis, wenn Sie angesichts der Besuchergruppe da droben eine staatstragende Rede halten wollen. Aber Ihnen müsste doch bekannt sein,

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Frage!)

dass diese Diskussion um die Mengensteuerung bei der Milch ein totaler Krampf ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was hat denn das mit der Besuchergruppe zu tun?)

Das ist vorbei. Wir wissen doch: Das ist in der EU gegen den Widerstand Bayerns entschieden worden. Das ist vorbei; das kriegen wir nicht mehr. Bayern hat sich bemüht, dass wir eine Regelung finden. Also, das ist Schnee von gestern. Schauen Sie doch nach vorne; versuchen Sie doch einmal, irgendwelche Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. Solche haben wir von Herrn Arnold von der SPD nicht gehört, und die werden wir auch von Ihnen nicht zu hören bekommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frage! – Wir werden uns doch vor der Besuchergruppe nicht blamieren wollen!)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Stellen Sie doch bitte eine Frage, Herr Steiner. – Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage, nicht zu einer Zwischenbemerkung. -

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Steiner, ich hätte jetzt gern gesagt, dass diese Bemerkung Ihrer jugendlichen Ungeduld geschuldet ist, aber das kann ich leider auch nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie noch ein bisschen gewartet hätten, wäre ich zu dem Thema Ihrer Frage, die keine war, gekommen.

Ich bitte die Vorsitzende des Agrarausschusses, genau zuzuhören: Man kann natürlich die bayerischen Landwirte, die Milcherzeuger einfach in die veränderte Situation des 01.04.2015 hineinsausen lassen. So sieht es momentan auch aus. Das kann man machen. Bestimmte Verbände sagen auch: Wir freuen uns darauf. Aber, lieber Minister Helmut Brunner, wir sollten uns im Vorfeld, bevor es zu spät ist, Gedanken machen. Das geht über das hinaus, was die EU und EU-Agrarkommissar Ciolos mit der Monitoring-Stelle festgelegt haben. Ich mahne an: Bayern kann zumindest für den Bund Anstöße geben und selber aktiv werden. Der Preis wird mit Sicherheit in Turbulenzen kommen, etwa unter 38 oder 35 Cent. Hier brauchen wir eindeutige Schutz- und Stützungsmechanismen.

Einige Verbände fordern freiwillige Herauskaufaktionen. Das ist ebenfalls anzudenken. Diese beiden Beispiele zeigen jedoch deutlich, dass wir vor dem 01.04.2015 aktiv werden müssen. Wir müssen solche Begriffe in die Diskussion bringen; denn es reicht nicht aus, bis zum 01.04.2015 zu warten und dann festzustellen, dass die Bauern nicht wettbewerbsfähig sind.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies muss eine gemeinsame Aufgabe aller Fraktionen sein. Sämtliche Anträge, die bisher zu diesem Thema im Ausschuss oder in der letzten Legislaturperiode kamen, wurden jedoch weggewischt oder ad acta gelegt. Ich fordere Sie dringend auf, hier aktiv zu werden, bevor es zu spät ist. Niemand soll bitte sagen, wir hätten keine Vorschläge.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Federführung muss bei der großen, regierenden Fraktion liegen.

Ich komme zu dem weiteren Punkt, wie kleine Betriebe benachteiligt werden. Ich bin von verschiedenen Verbänden enttäuscht. In der letzten Zeit haben wir viele Kurse zum Sachkundenachweis machen dürfen, sollen, können. Wenn ich einen italienischen Kollegen frage, was er dazu sagt, sagt er mir, davon habe er noch nie gehört. Lieber Minister Helmut Brunner, ich weiß, dass es Versuche gab, hier etwas abzumildern. Zunächst war für den Kurs zum Sachkundenachweis und die Zertifizierung ein Paket für 70 Euro vorgesehen. Inzwischen wurde dieser Preis auf 48 Euro reduziert. Nicht wenige in diesem Hause sagen richtigerweise: Die Landwirte sind die mit am besten ausgebildete Berufsgruppe. Für die Verteilung von 10 Liter Spritzbrühe im Verhältnis 1 : 50 auf einem Hektar zur Bekämpfung von Rumex obtusifolius, also des Stumpfblättrigen Ampfers, muss ich einen Kurs besuchen und mir drei Stunden lang Dinge anhören, von denen mir jeder Berufskollege sagt: Das wissen wir schon. Wann ist Schluss? Haben wir nichts anderes zu tun?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein Beispiel für unnötige Bürokratie. Ich habe eben gelesen, dass der Chefaufklärer, der Vorgänger von Ihnen, Herr Seehofer, in Brüssel 658 Verwaltungsvorschriften abgebaut hat. Jeder Bürger wird bestätigen: Die Bürokratie wird nicht weniger, sondern immer mehr. In Brüssel werden nämlich gleichzeitig täglich 190, andere sagen 210, neue Vorschriften erlassen. Wenn Vorschriften bei der Verwaltung abgebaut werden, bedeutet das noch lange nicht, dass dies auch beim Bürger ankommt. Wir wissen doch, dass in Deutschland diese Vorschriften umgesetzt werden. In Frankreich werden sie maximal gelesen, beim Italiener erscheinen sie nicht.

(Angelika Schorer (CSU): Das stimmt nicht!)

Das ist jedoch ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen genauer hinschauen und die Befürchtungen und Mitteilungen der Menschen ernster nehmen.

Wir hatten einen Antrag zur guten fachlichen Praxis eingebracht. Es gibt ein Umweltbundesamt, das mit dem Umweltministerium sehr verbandelt ist; denn es untersteht dem Umweltministerium. Der bisherige Vorsitzende des Umweltbundesamts, Herr Flasbarth, ist inzwischen Staatssekretär. Wie hängt das zusammen? Ich habe heute extra eine Verlautbarung mitgenommen, deren Seriosität im Agrarausschuss bezweifelt worden ist: Diese Mitteilung sei noch nicht öffentlich. Unklar sei, wo diese Mitteilung herkomme; sie sei nur ein Wolkenkuckucksheim. Ich habe mir das sehr gut gemerkt.

In diesem Hause höre ich von der CSU bei jeder Debatte: Liebe Landwirte, auf uns könnt ihr euch verlassen; wir stehen hinter euch. Ich stehe momentan auch vor verschiedenen Kollegen; das hilft denen aber gar nichts.

Meine Damen und Herren, bleiben wir doch bei den Fakten. Ich möchte einige wenige Punkte aus einer Quelle zitieren, die sehr gut nachvollziehbar ist. Beim Umweltbundesamt wurde zentral eine Beschränkung des Stickstoffsaldos im Rahmen einer Hof-

torbilanz vorgenommen. Wir haben gerade von Frau Kollegin Schorer gehört, wie toll das neue Kulturlandschaftsprogramm ist. Das ist auch richtig. Wer sich jedoch damit auskennt, weiß, dass es eine GV-Beschränkung gibt. Bei mir liegt diese Beschränkung bei 1,4. Es gibt noch eine Beschränkung bis 1,7. Bei Öko-Betrieben gilt eine besondere GV-Zahl. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Vorschrift sollte nicht einfach hingenommen werden. Am Schluss heißt es dann, wir sollten den idealen Witterungszeitpunkt zur Düngung herausfinden.

(Angelika Schorer (CSU): Das machen wir doch jetzt schon!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit bin ich wieder bei der Qualifikation der Berufskollegen. Wir lassen uns vieles vorschreiben; aber irgendwann reicht es. Irgendwann muss eine Berufsgruppe sagen: Hier fühlen wir uns nicht mehr vertreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Angelika Schorer (CSU): Das ist doch fachliche Praxis!)

Wenn Sie sich nicht zum Sprachrohr der Landwirtschaft machen, müssen wir von der Gruppe der FREIEN WÄHLER dies tun. Die gute fachliche Praxis ist ein Begriff, der sich über Jahrzehnte entwickelt hat. Wenn das Umweltbundesamt sogar noch ein neues Landwirtschaftsgesetz fordert, muss ich sagen: Das alte Landwirtschaftsgesetz wurde noch nicht einmal mit Leben erfüllt. Dort heißt es sinngemäß: Die Landwirte sind durch die Steuerpolitik, die Finanzpolitik und andere Politikbereiche in den Stand zu versetzen, dass sie ein angemessenes Einkommen erzielen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist die fachliche Praxis. Was Sie hier gemacht haben, ist Theorie. Sie haben den Antrag abgelehnt mit der Begründung, die gute fachliche Praxis wäre in Gefahr. Zu sagen, dies sei ein "Wolkenkuckucksheim", ist unverantwortlich. Ich werde draußen

jedem Landwirt und jedem, der es hören will, auch denen, die es nicht hören wollen, sagen, dass dies eine unverantwortliche Politik ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung zum Erhalt kleinbäuerlicher Betriebe. Herr Kollege Jürgen Ströbel wird bestätigen können, dass wir momentan durch Initiativen des Bauernverbandes große Probleme beim Antibiotika-Monitoring haben. Im Bundesrat wurde vorgeschlagen, dass bis acht Monate 20 Stück Antibiotika nicht gemeldet werden müssen. Darüber hinaus sollen weitere 20 Stück Großvieh nicht gemeldet werden müssen. Lieber Herr Minister Brunner, wenn ich das zusammenzähle, komme ich auf 40 Stück. Hier geht es um Betriebe, die heutzutage sehr oft aufhören und nicht mehr von der Landwirtschaft leben können, es sei denn, sie hätten ein spezielles Standbein, mit dessen Hilfe sie den Markt bedienen könnten. Wir wissen doch alle, dass nur eine Minderheit dieser Betriebe einen solchen Markt finden kann.

Nun zum zweiten Punkt "Chancen für alle statt wachsen oder weichen": Wir müssen einmal sehen, wie die Reform der Landwirtschafts- und Forstämter abgelaufen ist. In der Forstwirtschaft haben wir einen Mangel an qualifiziertem Personal. Diese Leute können vielfach ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen. Bei den Landwirtschaftsämtern herrscht inzwischen Nachholbedarf. Die Beratung kommt viel zu kurz. Fachschulabsolventen sagen mir, dass 97 % der beruflichen Schulen nur nach dem Personalschlüssel ausgestattet sind. Das bedeutet, dass häufig Unterricht verschoben oder gekürzt werden muss oder dass der Unterricht ausfällt. Hier bestehen Lücken, die wir ansprechen müssen.

Herr Minister Brunner, ich muss eine deutliche Kritik zu einem entscheidenden Punkt anbringen: Ministerpräsident Seehofer hat mit seinem Bayernplan verkündet, dass jährlich im Zuge der Energiewende 2.000 Megawatt über Biogasanlagen zusätzlich gewonnen werden sollten. Ich habe mich damals gefreut. Das war eine gute und optimistische Ankündigung für die Energiewende. Aber wie sieht es inzwischen aus? Wir

haben für ganz Deutschland die Deckelung bei 100 Megawatt im Jahr. Das muss man sich einmal vorstellen: Die Energiewende ist durch das neue Gesetz in Berlin praktisch zum Erliegen gekommen. Wir haben außer der Grundförderung nur noch die zweistufige Förderung für nachwachsende Rohstoffe. Aber der neue, sich jetzt in aller Munde befindliche nachwachsende Rohstoff, die Silphie, hat damit keine Chance mehr. Das müssen wir aufgreifen. Hier muss ich auch kritisch anmerken: Herr Ministerpräsident, da ist der Einfluss der bayerischen CSU in Berlin eindeutig zurückgegangen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Das müssen wir ansprechen dürfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Thomas Kreuzer (CSU): Welchen Einfluss haben die FREIEN WÄHLER?)

- Herr Kreuzer, so viel Geduld müssen Sie schon noch aufbringen, bis wir in Berlin vertreten sind.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Ministerpräsident, ich sage noch einmal: Hier müssen wir dringend nachverhandeln; denn die Energiewende wird so nicht laufen, weil 70 % der Energie aus erneuerbaren Energien kommt, aus Biomasse. Deshalb ist das ein so wichtiger Bereich. Hier müssen wir am Ball bleiben. Das hier abgegebene Votum war verkehrt. Im Grunde genommen ist es momentan nicht mehr interessant, in Biogas einzusteigen. Dies ist das völlig falsche Signal, um die Energiewende zu schaffen. Hier müssen wir unbedingt nachkorrigieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Punkt: Innovation statt Stillstand. Da kann man Ihnen nur zustimmen. Das wäre richtig. Aber die unzähligen Anträge, die wir FREIEN WÄHLER zum schnellen Internet gestellt haben, wurden alle belächelt und abgelehnt. Jetzt versuchen Sie hinterherzu-

hecheln. Aber ich kenne sehr viele Betriebsinhaber auf dem flachen Land, die nach wie vor auf schnelles Internet warten. Insofern ist das Ganze schon noch ein Stück Wunschdenken. Hier ist schnellstes Handeln gefordert, um auf dem flachen Land für gleiche Lebensbedingungen zu sorgen. Das ist ja immer der Slogan, den viele Gruppierungen bringen: gleiche Lebensbedingungen.

(Horst Arnold (SPD): Das steht in der Verfassung!)

Aber die haben wir auf diesem Gebiet nicht.

Viertens: Verantwortungsvoll wirtschaften, statt Flächen stilllegen. Lieber Herr Minister Brunner, beim Thema Flächenstilllegung sind wir sicher einer Meinung. Ich würde sogar häufig noch etwas schärfer formulieren: Wir fanden es absolut nicht angebracht, dass ein scheidender Landrat im Steigerwald ein Gebiet ausweist, das Sie jetzt nachträglich noch umändern wollen. Wenn Sie das machen, ist das gut.

(Horst Arnold (SPD): Das ist rechtswidrig!)

Aber Flächenstilllegung an sich kann in der heutigen flächenknappen Zeit keine Lösung sein. Ein sinnvolles Bewirtschaften von Flächen unter dem Motto "Schützen durch nützen" ist immer noch besser, als ein unkalkuliertes Risiko einzugehen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Angst vor der Natur!)

Da darf ich das Stichwort Heumilch übernehmen. Es war ein parteiübergreifender guter Antrag, Heumilch zu forcieren. Aber wir dürfen auch die Milchverarbeiter nicht aus ihrer Verantwortung entlassen; denn die meinen sonst, das macht dann der Staat. Wir schöpfen ab, dann sind die Landwirte zufrieden. Hier ist darauf zu achten, dass das nicht nur gemeinsam beobachtet, sondern auch aktiv ausgestaltet wird.

Fünftens: Premiumprodukte statt Massenware. Das ist richtig. Wir haben die Zahlen bekommen, was die Bürger in Deutschland und Europa jährlich an Lebensmitteln wegwerfen. Ich glaube, es sind viele wie ich im Saal, die noch gelernt haben, aufzuessen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Es fällt wirklich schwer, heutzutage mitanzuschauen, wie im deutschen Lebensmittelhandel mit Preisdumping vorgegangen wird. Das Stichwort ist hier leider Gottes: Was nichts kostet, ist auch nichts wert. Da sind wir, auch die Bayerische Staatsregierung, aufgefordert, auf den Lebensmittelhandel einzuwirken. Dort haben wir eindeutig Monopolbildungen.

Aber die nächste Stufe – da bin ich wieder beim Thema Landwirtschaft – über Molke-  
reien und Landwirte ist bei Weitem noch nicht so gut organisiert. Da müssen wir nach-  
steuern. Es kann nicht sein, dass drei oder vier große Lebensmittelmärkte den Markt  
und im Grunde genommen die Preise bestimmen. Wenn heutzutage nur noch 10 %  
des Einkommens für Essen und Trinken ausgegeben werden – im Jahr 1950 war es  
die Hälfte des Einkommens –, dann zeigt dies deutlich, dass hier Schieflagen sind. Da  
gilt es nachzusteuern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der sechste Punkt: Gesunde Ernährung voranbringen. Dazu wurden vom Herrn Kolle-  
gen Horst Arnold schon wichtige Dinge gesagt. Ich wollte es nur bestätigen. Wir freuen  
uns auch, dass jetzt Kindertagesstätten Schulobst bekommen. Wir freuen uns aber  
nicht, wenn dies in Kindergärten noch nicht der Fall ist. Das muss der nächste Schritt  
sein. Ernährung ist ein Erziehungsprozess. Dabei muss nachgesteuert werden. Aber  
bei diesem Punkt scheint es mir angebracht, auf das Freihandelsabkommen, das hin-  
ter verschlossenen Türen zwischen Europa und den USA verabredet wird, zu spre-  
chen zu kommen. Wir hatten dazu schon erbitterte Debatten. Aber es ist hier in die-  
sem Zusammenhang deutlich zu erwähnen: Wir können nicht zustimmen, wenn  
Chlorhähnchen, Hormonfleisch und sonstige Dinge auf den europäischen Markt kom-  
men.

(Zuruf von der CSU)

Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft wurde ein kolumbianischer Spieler getestet.

(Horst Arnold (SPD): Das war der Torhüter!)

Er hatte sehr hohe Hormonwerte in seinen Ergebnissen. Die Empfehlung der FIFA und des Präsidenten des kolumbianischen Fußballverbandes war, er solle künftig nicht mehr so viel US-Rindfleisch zu sich nehmen. Meine Damen und Herren, wenn wir das in Europa wollen, dann bitte. Aber ich kann nur sagen: Ich warne vor solchen Entwicklungen; denn das brauchen wir nicht. Es mag manches aus Amerika kommen, das nicht schlecht ist und das wir zu Recht übernehmen. Aber diese Entwicklung sollten wir von uns fernhalten. Meine Damen und Herren, da ist es sicherlich blauäugig, wie es gestern Ihr Kollege Weber gemeint hat oder der Kollege Ferber, der ja gerade auch in aller anderer Munde ist,

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

zu sagen: Dann werden wir einfach den Ernährungssektor beim Freihandelsabkommen ausklammern;

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn er es nur täte!)

wir nehmen dann nur das Gute für uns; die Zollschraken werden dann gekippt, und in Bezug auf das Thema Ernährung werden die Amerikaner das so einfach hinnehmen. Meine Damen und Herren, das ist blauäugig. Da müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass es so nicht gehen kann. Unsere hohen Lebensmittelstandards in Deutschland und Europa müssen wir mit Zähnen und Klauen verteidigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich komme in aller Kürze noch zum Wald, obwohl dies natürlich ein Thema ist, das genauso debattenfüllend wäre. Vielleicht wäre hier auch wichtig, wieder einmal die sogenannte Kaskadennutzung in den Vordergrund zu stellen, damit man nicht nur Energie, sondern auch die Zweitnutzung betont, zunächst als Baustoff, die Überbleibsel dann für den Energiesektor.

Wir haben natürlich ein Riesenproblem. Die vielen privaten Waldbesitzer wissen oft nur Bescheid, wenn es Wald zu verkaufen gibt. Aber ansonsten haben wir hier jetzt Verhältnisse, die dazu führen, dass der Bezug der Besitzer zum Wald zunehmend fehlt. Vielleicht sollten wir hier die privaten Waldbesitzer mit Zinsvergünstigungen anlocken, damit der Einschlag wieder etwas gesteigert wird, um die Märkte gleichmäßig zu bedienen.

Zum Thema Wald darf ich eines noch erwähnen. Sie werden es sicherlich nicht mehr hören können, aber deshalb ist es besonders wichtig, es zu erwähnen. Wir haben immer noch den ungelösten Vertrag, damals hieß er Klausner-Vertrag. Da können Sie sagen, das ist Gesetz. Das ist richtig, meine Damen und Herren. Das ist leider Gesetz. Bis Mitte 2017 läuft dieser Vertrag, laut dem es hier enorme Abschöpfungen zugunsten einer bestimmten Firma gibt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Klausner-Vertrag ist Hypo Alpe Adria in der Forstwirtschaft!)

Der Niedergang der bayerischen Sägewirtschaft hängt auch damit zusammen. Schauen Sie sich einmal die Statistik an. Die Situation ist ein bisschen mit der der landwirtschaftlichen Betriebe vergleichbar. Es ist ein Rückgang der mittleren und kleineren Sägewerke in Bayern zu verzeichnen. Auch hier hätten wir ein Stück Verantwortung. Das müssen wir immer wieder deutlich ansprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss komme ich in aller Kürze noch zu zwei Punkten; zunächst zu Punkt acht, vitale ländliche Räume – da muss ich die Gentechnik ansprechen. Meine Damen und Herren, wo sind wir denn eigentlich? In jeder Debatte betonen Sie, Sie seien gegen die Gentechnik.

(Angelika Schorer (CSU): Ja, und?)

Trotzdem müssen wir von der Opposition mehrere Kopfstände machen, damit Sie endlich den europäischen gentechnikfreien Regionen beitreten. Das ist das Erste.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Zweite: Ich komme wieder auf Berlin zu sprechen. Wie kann es sein, dass Sie sagen, Sie seien gegen Gentechnik, während sich Bundeskanzlerin Merkel in der EU bei einer wichtigen Zulassung einer Maissorte enthält.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Schorer (CSU) – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir müssen schon mit einer Zunge sprechen. So ist das nicht glaubhaft.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Kollege, denken Sie bitte an die Zeit.

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Zum Schluss nenne ich noch ein wichtiges Stichwort, Herr Präsident, dann bin ich am Ende. Ich bitte darum, der Koalition in Berlin zum Thema Tierwohl deutlich zu machen, dass wir in Bayern knapp 40.000 Milchviehbetriebe haben, die Anbindehaltung praktizieren. Mit der zunehmenden Tierwohldiskussion werden diese Betriebe in eine Ecke gedrängt. Wir müssen sagen: So geht es nicht.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Kollege, Sie haben schon eine Minute überzogen.

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Wir haben mit unserem Antrag gefordert, dass Weidehaltung mit Anbindehaltung kombinierbar und möglich sein muss. Wir haben einen Strukturwandel in Bayern, der unabsehbar ist. Bitte berücksichtigen Sie das in Ihrer weiteren Arbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Gisela Sengl (GRÜNE):** Jetzt haben wir schon einiges zur Landwirtschaftspolitik gehört. Der Titel der Regierungserklärung von Minister Brunner "Vielfalt erhalten. Zukunft gestalten. Der bayerische Weg in der Land- und Forstwirtschaft" hätte von uns GRÜNEN sein können. Vieles, was der Minister heute gesagt hat, können wir unterstützen. Einiges, was wir besonders gut finden, hat er gar nicht erwähnt.

Ich glaube die Wörter "Bio und Öko" kommen zu oft vor - nicht, dass irgendjemand einen Ausschlag bekommt! Der "Evaluationsbericht des Ökologischen Landbaus in Bayern" ist ein sehr guter Bericht. Das Aktionsprogramm "Heimische Eiweißfuttermittel" ist auch sehr gut. Das Programm "BioRegio Bayern 2020" wurde schon im Jahr 2012 aufgelegt. Das ist auch gut. Zu nennen ist ebenfalls die Auslobung der fünf Öko-Modellregionen. Diese sind heute mit keinem Wort erwähnt worden. Dabei sind gerade diese Öko-Modellregionen hervorragend geeignet, um aufzuzeigen, was es eigentlich heißt, die Landwirtschaftspolitik in Bayern zu ändern. Minister Brunner hat sich heute selber von den agroindustriellen Strukturen verabschiedet. Er hat gesagt, er bevorzuge die bäuerliche und vielleicht auch familiengeführte Landwirtschaft.

Alle diese Programme, die ich genannt habe, haben das Ziel, die Landwirtschaft ökologischer, umweltfreundlicher, tierfreundlicher und regionaler zu gestalten. Warum ändert sich trotzdem nichts? Wir wissen alle, dass schon jahrelang sehr viel Geld in alle möglichen Programme gesteckt wurde: Regionen Aktiv, Dorferneuerung, Agenda-21-Gruppen, LEADER-Programme. Alle weisen in die gleiche Richtung. Sie wollen die ländlichen Räume lebendig, regional, nachhaltig und ökologisch gestalten. Trotzdem stagniert die Zahl der Ökobetriebe immer noch. Trotzdem ist Bayern Spitze im Flächenverbrauch. Allein in den letzten drei Jahren wurden 20.000 Hektar Fläche zubetoniert. Warum schreitet der Strukturwandel immer noch ungehindert fort? Man könnte doch meinen, all diese Programme müssten doch irgendwann einmal greifen.

Die Zahlen sind dramatisch. 1950 lag der Eigentumsanteil eines landwirtschaftlichen Betriebes noch bei 90 %. Heute liegt er bei 47 %. Das heißt, es gibt weniger Betriebe, weniger Eigentumsanteile, und die Pachtfläche hat sich verdoppelt. 1976 waren das in Bayern noch 270.000 Betriebe; heute sind es noch 94.000 Betriebe. Das ist aber immer noch ein Spitzenwert in ganz Deutschland. Deshalb sollten wir darauf achten, dass diese Struktur erhalten bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst die Öko-Modellregionen tun sich schwer mit der Umsetzung ihrer Ideen. Warum ist das so? Zum einen muss das Geld einfach anders verteilt werden, da es sonst nur bei einer typischen Ankündigungspolitik bleibt. Statt sündhaft teure Messestände in Shanghai für bayerische Schmankerl zu finanzieren, sollte viel mehr Geld in die Landwirtschaftsämter fließen. Kollege Dr. Leopold Herz hat es schon genannt: Bei den Landwirtschaftsämtern wird seit Jahren das Personal abgebaut. Die Landwirtschaftsämter jammern. Jetzt haben wir eine Neuausrichtung. Diese Ausrichtung erfordert viel Beratung und Personal. Dort muss wirklich Geld reingesteckt werden. Dasselbe gilt für die landwirtschaftlichen Schulen. An allen landwirtschaftlichen Schulen muss der Öko-Landbau parallel unterrichtet werden. Auch dafür brauchen wir Geld. Es ist nicht richtig, dass jemand, der Öko-Landbau lernen will, irgendwo hinfahren muss, während der konventionelle Landwirt vor Ort die landwirtschaftliche Schule besuchen kann. An dieser Stelle fordern wir Gleichberechtigung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Universitäten und Landesanstalten brauchen mehr Geld für Forschung im Öko-Landbau. Sie benötigen vor allem Geld für die Wiederherstellung regionaler Verarbeitungsstrukturen. Das haben wir alles schon einmal gehabt: Molkereien, Käsereien, Schlachthöfe, Mühlen. Die Sägewerke gehören auch dazu. Alles ist weg. Wenn wir es mit dem Erhalt der regionalen und kleinen Höfe wirklich ernst meinen, müssen wir

dafür sorgen, dass die Lebensmittel, die dort erzeugt werden, auch in der Region verarbeitet und vermarktet werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Nicht nur müsste Geld anders verteilt werden; es fehlt auch die Unterstützung, und zwar von den gesellschaftlich relevanten Gruppen und der Wirtschaft, die mit der Landwirtschaft zu tun haben. Vom Bauernverband, der BayWa und der Dünger- und Futtermittelindustrie gibt es keine Unterstützung. Für die sieht der bayerische Weg so aus: Die Förderung kleinerer Betriebe ist sowieso Schmallern; die haben auf dem Weltmarkt überhaupt keine Chance. Selbst den regionalen Abgeordneten, die in den Öko-Modellregionen wohnen, ist das scheinbar ziemlich wurscht. Bis auf Nürnberg habe ich alle Öko-Modellregionen besucht. Außer von Frau Kaniber, die leider nicht mehr da ist, habe ich kein Interesse von irgendwelchen Abgeordneten vernommen.

(Lachen bei der CSU)

Marcel Huber und Günther Knoblauch, unterstützen Sie Schwindegg und Buchbach! Tobias Reiß – ich glaube der ist gar nicht mehr da –, unterstützen Sie die Steinwald-Allianz! Das könnt ihr ihm ausrichten. Herr Füracker ist leider auch nicht mehr da. Als Staatssekretär im Heimatministerium müsste er doch sehr besorgt um seinen Heimatlandkreis Neumarkt in der Oberpfalz sein.

Es gibt noch ein großes Hindernis, das ist bestimmt das allergrößte. Das betrifft uns alle: Das ist unser eindimensionales Denken. Unsere Wirtschaftsstruktur kann nachhaltige Landwirtschaft einfach gar nicht unterstützen; denn Nachhaltigkeit – das Wort ist schon etwas abgenudelt – hat keinen Wert. Umweltschonendes, Tierfreundliches, Artenvielfalterhaltendes und Boden-, Wasser- und Klimaschützendes hat keinen Wert. Nicht einmal ökonomisches Wirtschaften wird wertgeschätzt. Ökonomie bedeutet nämlich auch sparsamen Umgang. Sparsamkeit passt jedoch nicht in unser Wirtschaftssystem. Die Wirtschaft muss wachsen, sie muss brummen. Das Geld soll rausgehauen werden. Die extreme Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank geht

genau in diese Richtung. Scheinbar ist unser Überleben nur gesichert, wenn ständiges Wirtschaftswachstum herrscht. Solange man Handys noch nicht essen kann, sind wir Bäuerinnen und Bauern in Bayern und auf der ganzen Welt für das Überleben der Menschheit am wichtigsten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider wurde mehreren Generationen von Bauern eingebläut: Wachse oder weiche, oder werde fit für den Weltmarkt, ansonsten bist du nicht mehr modern. Von einem landwirtschaftlichen Betrieb, der Kreislaufwirtschaft umsetzt, profitieren zwar die gesamte Gesellschaft, der Boden, das Klima und das Grundwasser, ansonsten wird er jedoch als unrentabel angesehen. Kreislaufwirtschaft rentiert sich nicht für den Futtermittelimporteur, nicht für den Dünger- und Spritzmittelhersteller, nicht für den Landmaschinenhersteller und auch nicht für die Bank.

Ein gutes Beispiel hierfür ist unser Nachbar. Das ist ein Beispiel aus der Realität. Den Nachbarn gibt es noch; er ist sogar Vollerwerbsbauer. Er ist wegen des Neubaus eines Laufstalls zum Amt gegangen. Auf dem Amt hat man ihm gesagt: Für 80 Kühe musst du mindestens bauen, sonst rentiert sich das Ganze nicht. Er hat gesagt, dass er das nicht mag; er mag 40 Kühe, und er mag sein Vieh selbst füttern und möchte nicht zukaufen. Er möchte auch, dass der Umbau des Stalles in einer Größe stattfindet, die für ihn verträglich ist, auch finanziell. Er hat dann den Stall so gebaut, wie er wollte, trotz der gegenteiligen Beratung vom Amt und auch vom Bauernverband. Heute ist er eigentlich froh darüber. Er kann seine 40 Kühe selber füttern; er baut auch noch andere Feldfrüchte an. Vor allem kann er die Gülle sinnvoll und umweltverträglich einsetzen. Das alles spielt aber bei der Rentabilität überhaupt keine Rolle. In unserem System geht es anscheinend nur um Profitmaximierung und um die gnadenlose Ausbeutung unserer Ressourcen.

Rentabel ist in Oberbayern ja auch – wir sind die berühmte Boom-Region – die Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen in Gewerbe- und Wohngebiete. Das ist die

berühmteste Fruchtfolge, die lukrativste Fruchtfolge des Bauern. Beste Ackergebiete werden in Gewerbegebiete verwandelt. Als aktuelles Beispiel nenne ich Tittmoning. Dort werden acht Hektar landwirtschaftlicher Grund – es handelt sich um sehr gute Böden – mit einer Sondergebietsausweisung in ein Gewerbegebiet verwandelt, obwohl es ja ein geltendes Anbindegebot gibt. Das wird einmal ganz schnell umgangen.

Ein Wirtschaftszweig profitiert aktuell aber doch von der nachhaltigen Landwirtschaft – das ist die Tourismusbranche; denn die Touristen wollen – vielleicht wie insgeheim sogar wir alle – einfach lieber Kühe auf der Weide sehen; sie wollen frei laufende Hühner sehen, sie wollen Bauerngärten und Streuobstanger sehen; sie wollen gepflegte Kulturlandschaft mit Blumenwiesen und Ackerrainen; sie wollen muntere Bacherl und Badeseen, die sauber sind; sie wollen Wegerl und Straßerl und schmucke Dörfer, in denen sie beim Bäcker ihre Frühstücksbrezn kaufen können, da sie nämlich daheim genügend Discounter, Agrarwüsten und hässliche Logistikcenter haben.

Vielleicht ist auch deshalb das Heimatministerium eingerichtet worden. Für die bayerischen Bauern, die es nicht schaffen, fit für den Weltmarkt zu werden und sich immer noch an ihren lächerlich kleinen Höfen festkrallen, hat man ein Heimatprogramm entwickelt. Man könnte kleine Kulissen für die Touristen schaffen, ein kleines Museum, vor dem dann die Bauern die Landschaft pflegen und den Rasen mähen können. Aber wollen wir das? Wollen wir in einer solchen Landschaft leben, in der es entweder große Agrarbetriebe oder sonst gar nichts mehr gibt? Wir wollen in einer lebendigen Landschaft leben. Ich zumindest will am Land leben, wo etwas produziert wird, wo etwas los ist. Der Ökolandbau ist eigentlich die ideale Verbindung. Er produziert nämlich Lebensmittel und kümmert sich gleichzeitig um Umweltschutz und damit um eine schöne Landschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Glück gibt es eine immer größer werdende Gruppe von Menschen, die das auch wollen. Sie wollen gesunde Lebensmittel; sie wollen Lebensmittel, die mit Respekt vor

Natur und Tier erzeugt werden. Wir haben heute schon Zahlen gehört. Biolebensmittel werden extrem nachgefragt, vor allem in Bayern. Das Angebot kann überhaupt nicht mithalten. 33 % des Biomilchbedarfs müssen selbst nach Bayern eingeführt werden, obwohl wir angeblich so viele Milcherzeuger haben. 50 % des Biogemüses und 90 % des Biofleisches müssen wir importieren – ganz abgesehen davon, dass dies alles Tiere und Pflanzen sind, die bei uns wunderbar gedeihen würden: Zwiebel, gelbe Rüben, Kartoffeln. Warum gibt es die berühmten ägyptischen Frühkartoffeln? – Weil bei uns einfach zu wenig produziert wird. Wir müssen endlich begreifen, dass die biologische Landwirtschaft einen Zusatzeffekt hat, dass sie für die Landschaft, für unsere Kultur, für Boden, Wasser und Luft etwas bringt und einen Wert hat, der bis jetzt noch nicht in Geld gemessen wird oder in das Bruttoinlandsprodukt oder in Börsenkurse einfließt. Der Wert ist aber unsere Lebensqualität.

Wenn wir darauf nicht besser aufpassen, sieht es irgendwann einmal so aus, dass die genmanipulierte Zukunft mit riesigen Maschinen auf riesigen, hindernisfreien Flächen und in riesigen Masttierställen stattfinden wird, vielleicht in Mecklenburg-Vorpommern und in Niedersachsen. Bayern kann da aber gar nicht mithalten. Bayern wird dann das Bauernhofmuseum. Deshalb müssen wir alle zusammen den Weg in die andere Richtung gehen.

Ich war letzte Woche bei der 40-Jahr-Feier des Klinikums Großhadern. Eine Frau Prof. Dr. Dr. von Mutius hat einen interessanten Vortrag gehalten, nämlich: Bauernstallluft macht Kinder gesund. In Riesenställe kommen Kinder nämlich gar nicht mehr hinein. Sie hat nachgewiesen, dass sich Allergien und Asthma durch viel Kontakt mit Tieren und durch das Trinken von möglichst unbehandelter Milch extrem reduzieren lassen. Sie plädierte sehr dafür, dass wir uns diese Art der Landwirtschaft erhalten. Ich hoffe, dass uns allen das gleich wichtig ist und dass uns allen am Herzen liegt, dass wir Bayern nicht in wuchernden Gewerbegebieten untergehen lassen und dass wir das Höfesterben endlich beenden.

Ich glaube auch, dass viele Angst haben. Oft heißt es ja: Ja; was wird noch passieren? Was kommt alles auf uns zu? Das ist ja ganz furchtbar; das mit dem TTIP stimmt schon; Agrartechnik – ja mei; da können wir nichts machen; vielleicht sollten wir es doch machen, usw. Dann haben wir auch noch ein etwas schlechtes Gewissen, da es irgendwie schon stimmt. Bei uns gibt es auch Riesenbetriebe; es gibt doch einen Ort mit wahnsinnig vielen Schweinemastställen. Ja, das stimmt schon. Die Leute jammern. Angst und schlechtes Gewissen sind aber keine guten Ratgeber. Wir müssen uns vielmehr einfach dieser Dimension und diesen Herausforderungen stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es hat wenig Sinn, einfach immer so zu tun, als wäre gar nicht alles so schlimm, wenn sozusagen das schöne Framing benutzt wird, wenn gesagt wird: Das Wort Massentierhaltung nehme ich nicht mehr in den Mund; das ist ein böses Wort; oder: Pestizide? – Nein; das erinnert mich so an Pest; das Wort kann man auch nicht in den Mund nehmen. Massentierhaltung? – Das ist doch die Veredelungsregion in Niedersachsen. Pestizide? – Das ist doch Pflanzenschutz; das ist doch etwas ganz Gutes. So sollten wir uns nicht benehmen. Wir sollen uns der Realität stellen, und wir sollen für unser Bayern eine gute Lösung finden. Wenn wir das, was unsere bayerische Heimat ausmacht, wirklich bewahren wollen, dann müssen wir alle mehr zusammenhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Für die CSU-Fraktion: Frau Kollegin Brendel-Fischer. Bitte schön.

**Gudrun Brendel-Fischer (CSU):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Bayern ist eine positive Einstellung zur Landwirtschaft aufgrund seiner starken ländlichen Prägung bei den meisten Menschen in hohem Maße verankert. Dass sich Verbraucher dennoch auch bei uns einerseits regional erzeugte Nahrungsmittel wünschen, andererseits den dafür erforderlichen Schweinestall im Umfeld aber nicht unbedingt akzeptieren, liegt häufig an mangelnder Kommunikation und Sachkenntnis.

Wir von der CSU möchten die Entwicklung, den Prozess auch weiterhin konstruktiv begleiten, und zwar zugunsten aller: der Landwirte, aber auch der Verbraucher. Wir wollen die Leute nicht mit irgendwelchen Fehlinformationen verrückt machen.

(Beifall bei der CSU)

Das weitverbreitete Vorurteil, wonach mit der Größe von Betrieben und der Zunahme an Technik Aspekte des Tierwohls und der Umweltschonung abnehmen würden, ist auch ein Problem, das uns sehr ärgert. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Fakt ist, dass die Größe von Tierbeständen in keiner Weise ausschlaggebend für das Tierwohl ist, Frau Sengl, und dass auch der Antibiotikaeinsatz nicht mit der Bestandsgröße korreliert.

Mittlerweile haben wir – davon konnten wir uns letzte Woche überzeugen – modern ausgestattete Stallbauten, die wir auch mit unserem einzelbetrieblichen Investitionsprogramm seit vielen Jahren gut fördern. Wir haben hoch differenzierte Möglichkeiten der Einzeltieridentifizierung, und wir werden das, was Fütterungstechnik und Gesundheitsüberwachung betrifft, noch steigern. In den nächsten Jahren werden sich die Entwicklungskosten reduzieren und sich auch mittlere Bestände dies leisten.

Ich möchte auch die Landesanstalt für Landwirtschaft, unsere Landesanstalten insgesamt einmal loben. Es sind unsere fachlichen Thinktanks in Bayern, die die gesamt-agrarischen Themenbereiche im Freistaat voranbringen und uns einen großen Nutzen bringen.

(Beifall bei der CSU)

Bedenken Sie: Allein die Internetpräsenz der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft hat monatlich zwei Millionen Seitenaufrufe zu verzeichnen. Das zeigt, dass wir stark nachgefragt werden und Orientierung auch für andere Bundesländer geben.

(Beifall bei der CSU)

Dass bäuerliche Existenzen in ihrer Gesamtheit durch aktive regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden, ist beim Verbraucher mittlerweile angekommen. Regionale Produkte sind ein Renner. Die Beliebtheit unserer Agrarprodukte im Ausland müssen wir jedoch auch nutzen. Agrarexporte in unsere europäischen Nachbarländer sind doch kein Makel, sondern eine Stärkung der Wertschöpfung für uns alle in Bayern.

Erfreulich ist, dass unsere junge Betriebsleitergeneration so gut ausgebildet ist; dies wurde heute bereits von anderen Rednern gesagt.

(Horst Arnold (SPD): Bemängelt!)

– Mittlerweile beschränken sich nur noch wenige allein auf die landwirtschaftliche Lehre, Herr Kollege Arnold; die meisten absolvieren auch die Fachschule. Wir möchten, dass unsere Schulen weiterhin auch personell gut ausgestattet sind. Daran werden wir arbeiten.

Die Anzahl derer, die den Meisterbrief anstreben, steigt seit Jahren deutlich an. Wir wollen auch hier auf gute fachliche Abschlüsse achten. Bitte bedenken Sie, Herr Arnold: Circa 30 % unserer Agrarstudentinnen und -studenten an der Universität bzw. der Hochschule sehen ihre Zukunft in der Leitung des elterlichen Betriebes.

(Horst Arnold (SPD): Gott sei Dank!)

Wir möchten, dass dieses Studium vor Ort erlebt werden kann. Wir möchten, dass die jungen Leute herauskommen, Persönlichkeit entwickeln und über den Tellerrand hinausschnuppern. Wir möchten nicht unbedingt, dass das Studium zu Hause – neben der Arbeit im Betrieb – funktionieren soll. Ich glaube nicht, dass wir uns hier unbedingt mit Fernstudiengängen und so weiter anfreunden müssen. Onlineseminare, Vorlesungsübertragungen über das Internet werden auch in Bayern weiterhin noch stärker durch unsere Hochschulen gewährleistet werden.

Ich möchte auch die Nebenerwerbslandwirte ansprechen, die Sie, Herr Arnold, angeführt haben. Wir haben in Bayern traditionell immer schon eine hohe Nebenerwerbs-

quote, in meiner Region beträgt sie seit vielen Jahrzehnten über 50 %. Heute ist doch der Nebenerwerbslandwirt nicht mehr jener, der sich abbuckelt, nebenbei vielleicht 20 Kühe melkt und den ganzen Tag noch irgendwo in der Fabrikhalle steht, sondern heute übernehmen viele einen Nebenerwerb und verpachten nicht, weil sich gute Chancen ergeben und sie sich Dienstleistungen vom Maschinenring erbringen lassen. Sie führen also nicht mehr alle Arbeiten selbst aus, sondern delegieren auch. Unsere Landwirte sind doch heutzutage clever und wissen, wie sie es anstellen müssen.

Im Übrigen möchte ich noch kurz das lebenslange Lernen erwähnen. Wir haben gerade im landwirtschaftsnahen Bereich sehr gut ausgestattete ländliche Bildungszentren und sehr aktive Fachverbände, die sich vor allem für das lebenslange Lernen starkmachen und immer wieder anspruchsvolle Qualifizierungsangebote vorhalten. Sie werden durch das Landwirtschaftsministerium und teilweise auch durch das Kultusministerium intensiv unterstützt.

Herr Kollege Herz, Sie haben die Problematik der steigenden Überregulierung durch die EU angesprochen. Dagegen kämpfen wir ebenfalls. Leider haben wir diese von Ihnen aufgezeigte Pflanzenschutznachweissache dem Bund zu verdanken, da sich dieser nicht einig war. Wir hätten es etwas einfacher geregelt. Der Staatsminister hat sich dafür sehr stark eingesetzt. Warten wir einmal ab. Wenn die FREIEN WÄHLER jetzt im Europäischen Parlament sitzen, wird vielleicht alles besser.

Die Verwaltung in der Landwirtschaft möchte ich ebenfalls kurz streifen. Unsere landwirtschaftliche Verwaltung hat in Bayern Enormes geleistet, was den Personalabbau in den letzten Jahren sowie die Effizienzsteigerung betrifft. Das ist wirklich sehr lobenswert. Ich möchte auch hervorheben, dass sich insbesondere das Ressort Landwirtschaft frühzeitig mit Digitalisierung beschäftigt hat. Ich nenne nur das Schwarzwild-Informationssystem, Tierdatenbank, digitale Klimarisikokarten. Es ist im EDV-Bereich sehr vieles pionierhaft geleistet worden, um Personalengpässe etwas auszugleichen. Auch unsere Landwirte sind mitgezogen. Der aktuelle Mehrfachantrag wurde heuer

von drei Viertel aller Betriebe online genutzt. Dies zeigt, dass diese interaktiven Serviceangebote gut angenommen werden.

Als einen wichtigen Mosaikstein unserer landwirtschaftlichen Verwaltung darf ich die Ländliche Entwicklung hervorheben. Diese Ämter sind in besonderer Weise geschrumpft, was ihre Mitarbeiterzahlen betrifft. Ihre Bedeutung innerhalb des ländlichen Raumes hat aber in erfreulicher Weise zugenommen. Für mich steht fest, dass es vor allem die Teams in den Ämtern für Ländliche Entwicklung waren, die den interkommunalen Geist in unsere Rathäuser transportiert haben. Die integrierte ländliche Entwicklung bringt Schwung in die kommunalen Gremien, schiebt die Beteiligung der Bevölkerung an und lässt interkommunale Allianzen entstehen. Sie alle kennen erfolgreiche Beispiele aus Ihren Heimatregionen.

Eine wichtige und dauerhafte Herausforderung unserer Landentwickler sehe ich vor allem darin, dass sie das Innenleben unserer Dörfer neu denken. Dorferneuerungskonzepte sind doch nicht das, was gerade von Frau Sengl geschildert wurde. Es sind keine Konzepte, die einfach so durchgeführt werden, ohne irgendwelche Spuren zu hinterlassen. Nein, wir arbeiten zurzeit vor allem an einer intensiven Innenentwicklung, um dadurch Neuparzellierungen voranzutreiben, Flächentausch zu ermöglichen und dadurch dem Flächenfraß zu begegnen, den wir ebenfalls kritisch sehen.

Aber wer mit offenen Augen übers Land fährt, wird die von kritischen Stimmen immer wieder angemahnte Agrarsteppe in Bayern vergeblich suchen. Auch wenn sich heute Schläge durch Flächenerwerb und Grundstückstausch verändert haben, größer geworden sind, können wir stolz auf eine reich gegliederte bayerische Kulturlandschaft sein. Diese profitiert in besonderer Weise auch von einem Paradigmenwechsel bei der Flurneuordnung. Durch cleveres Bodenmanagement können wir heute vielerorts ökologische Verbesserungen an Gewässern vornehmen. Dadurch wird die Umsetzung von Artenschutz- und Naturschutzprojekten erreicht.

Flurneuordnungsverfahren - darauf möchte ich hinweisen - dürfen aber nicht die Mehrwerte für die Landbewirtschaftung aus dem Auge verlieren, denn das ist ihr ursprünglicher Auftrag.

Durch die ländliche Entwicklung und die Gesamtschau aufs Land rücken nicht nur unsere Kommunen, sondern auch die Behörden zu einer intensiveren Zusammenarbeit zusammen. Daraus ergeben sich tolle Kombinationslösungen beim Wegebau, bei dem die Ländliche Entwicklung und das Staatliche Bauamt zusammenwirken. Dorferneuerung und Städtebau können über ein abgestimmtes Miteinander mit der Wasserwirtschaft eine Hochwasserproblematik angehen. Diese Zusammenarbeit ist vorbildlich und hat sich in den letzten Jahren ganz hervorragend entwickelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch kurz wichtige Bereiche streifen, die zum Ressort Landwirtschaft gehören: die Fischer, die Teichwirte, die Jäger und die Imker. Sie haben für unsere Natur und Umwelt für das Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie eine sehr große Bedeutung.

Auf den Rückgang der Bienenbestände haben wir in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen, und dank der Initiative von Staatsminister Brunner konnten wir die Anzahl der aktiven Imker in Bayern auf über 30.000 steigern. Wir geben hierfür gute Zuschüsse, betreiben Nachwuchsgewinnung, und es steigen immer mehr junge Erwachsene – auch immer mehr Frauen – in die Imkerei ein. Ein Drittel unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche in Bayern befindet sich im KULAP oder in einem Vertragsnaturschutzprogramm. Der Freistaat investiert hier gleichzeitig pro Jahr zwölf Millionen Euro, die auch der Sicherung der Bienenweide zugutekommen.

Als verlässliche Naturnutzer, die gleichzeitig für wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen sorgen, erfüllen die Fischer und die Teichwirte einen besonderen naturschutzfachlichen Auftrag. Die Fischerei und Teichwirtschaft in Bayern zeichnen sich durch ihre überschaubare Betriebsgröße aus. Sie darf nicht durch falsch verstandenen Naturschutz in ihrem Bestand gefährdet werden.

(Horst Arnold (SPD): Da schau her!)

Verantwortungsbewusste Bewirtschaftung steht nämlich in keinem Widerspruch zu einem nachhaltigen Naturverständnis.

(Horst Arnold (SPD): Deswegen schimpfen die auf das Umweltministerium!)

Leider, Herr Arnold, ist diese Erkenntnis noch nicht in mancher Amtsstube und in mancher Verbandsgeschäftsstelle angekommen.

(Horst Arnold (SPD): Und in manchem Ministerium!)

- Jawohl, vielleicht, ja.

(Horst Arnold (SPD): Ja also! Danke schön!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang doch deutlich auf etwas hinweisen, weil heute so oft der Begriff BioNahrungsmittel gefallen ist: Bei aller BioNachfrage ist eine Position ganz wichtig: Konventionell erzeugte Nahrungsmittel sind keine zweite Wahl. Das muss klar sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Was nicht nur bei Landwirten und bei Waldbesitzern, sondern zunehmend auch bei den vorhin genannten Gruppen auf Unverständnis stößt, ist eine Art Ökofundamentalismus, der Kultivierung und Hege drastisch einzuschränken versucht gemäß dem Motto: Alles soll so bleiben, wie es ist. Wahre Experten wissen, dass alles Geschaffene eben nicht immer gleich bleibt. Es tun sich Veränderungen auf, die letztendlich auch ökologisch keinen Sinn machen. Naturschutz und Naturnutzung sollen sich auch in der bayerischen Verwaltung in einem engen Kontakt und in einem von gegenseitigem Vertrauen getragenen Dialog auf Augenhöhe begegnen. Das ist ganz wichtig. Ob Waldgebiet oder Teichkette, Unterschutzstellungen ohne das Einverständnis der Eigentümer kommen einer Enteignung gleich. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Als einen gerne vergessenen Bereich darf ich noch auf die Förderkulisse der Diversifizierung hinweisen. Wir haben dadurch in Bayern sehr viele erfolgreiche Einkommenskombinationen entstehen lassen können. Viele Betriebe haben mittlerweile ein zweites Standbein. Das läuft im Bereich der erneuerbaren Energien, aber es läuft auch im Bereich des Landtourismus und des Gesundheitstourismus ab, traditionelle Ferien auf dem Bauernhof – alles vielfältige Bereiche, die gut ankommen.

In der letzten Woche konnte Minister Brunner einer Bäuerin aus dem Landkreis Dachau für ihre besondere unternehmerische Leistung einen Staatspreis verleihen. Sie hat auf ihrem Hof ein Schullandheim eingerichtet und trägt damit natürlich auch gut zur Außenwirkung und zur Begegnung von Schule und Landwirtschaft bei.

Fachkompetenz, Kreativität und Unternehmergeist gibt es en masse auf dem Land. Wir wollen das Ganze engagiert begleiten und die Rahmenbedingungen entsprechend verfügbar machen. Wir wollen den Landwirten gerecht werden, aber auch den Verbrauchern. Es wäre schön, wenn sich alle Fraktionen da immer auch kooperativ zusammmentun und in diesem Sinne zusammenarbeiten würden.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brendel-Fischer. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Karl. Bitte sehr.

**Annette Karl (SPD):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister Brunner! Der ländliche Raum in Bayern umfasst 85 % der Landesfläche und ist die Heimat von 60 % der Bevölkerung. Sie widmen dem ländlichen Raum in Ihrer Rede gerade einmal fünf Minuten Ihrer Zeit. Ist er Ihnen wohl gar nicht wichtig genug?

Der Trend zum Urban Greening, also Gärtnern in den Städten, nimmt zwar immer mehr zu. Trotzdem leben unsere Bäuerinnen und Bauern mitnichten in den Metropo-

len, sondern in dem besagten ländlichen Raum. Sie sind geradezu der Kern des ländlichen Raums, das Rückgrat der Wirtschaft und der Kulturlandschaft dort. Ich muss sagen: Ich bin sehr stolz auf unsere landwirtschaftlichen Betriebe in den ländlichen Regionen.

Wenn wir über die Situation der ländlichen Räume reden, reden wir also über die Standortbedingungen für die Landwirtschaft in Bayern. Da wäre etwas mehr verbales und tatsächliches Engagement von Ihnen durchaus gefragt, Herr Brunner.

(Beifall bei der SPD - Unruhe)

Ich unterbreche die Kollegen von der CSU ungern bei ihren Debatten, aber ich finde das wirklich sehr störend.

(Horst Arnold (SPD): Das ist auch beim Präsidenten so! Der ist da auch abgelenkt!)

Das Lob auf das neue Bayerische Dorferneuerungsprogramm singen Sie vollkommen zu Recht. Das Bayerische Dorferneuerungsprogramm hat große Verdienste zu verzeichnen, aber ob es die Bevölkerungszahlen wirklich stabilisiert, ist die Frage. Die neue Statistik sagt leider etwas anderes. Für eine Stabilisierung der Bevölkerungszahlen braucht es ganz andere Anstrengungen. Ich komme noch darauf.

Mit Freude habe ich vernommen, Herr Minister, dass Sie mit der Initiative "Kernwegetze" die Hauptwirtschaftswege gemeindeübergreifend erneuern und fit für die Zukunft machen wollen. Ich freue mich vor allen Dingen deshalb, weil Ihre Fraktion einen entsprechenden Antrag meinerseits vom Juni 2012 abgelehnt hat, weil eine solche Initiative zu teuer wäre. Ich kann also nur hoffen, Herr Minister, dass Sie Ihre Initiative auch mit Ihren Haushältern abgestimmt haben, damit den Gemeinden außer netten Worten tatsächlich auch Hilfe zufließt. Im Haushalt ist dafür allerdings kein Geld ausgewiesen. Deshalb werden in den Modellregionen derzeit auch lediglich Konzepte er-

stellt. Niemand weiß, wann und wie viel Geld den Kommunen zufließt. Klar ist allerdings, dass auf die Kommunen einiges an Kosten zukommen wird.

Wenn man ausgeht von einem maximalen Prozentsatz von 65 bis 75 % Förderung beim Wegebau, dann können wir folgende Rechnung aufmachen: Bei meinem Antrag hat die CSU als Erwiderung gesagt, ein solches Programm würde circa eine Milliarde Euro kosten. Legen wir diese Milliarde zugrunde, kommen wir auf eine Fördersumme, die der Freistaat bereitstellen muss, von 650 bis 750 Millionen Euro,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

damit man eine attraktive Förderung hat. Ich freue mich jetzt schon auf den Finanzierungsvorschlag, den Sie dann Ihren Haushältern vorlegen. Den Rest müssen dann immer noch die Kommunen stemmen.

Sie haben zu Recht die integrierte ländliche Entwicklung angesprochen – eine ganz tolle Sache, die hervorragend begleitet wird von den Ämtern für Ländliche Entwicklung. Aber Sie vergessen leider immer zu sagen, dass die Ämter immer mehr Aufgaben haben, aber konsequent immer weniger Personal. Sie arbeiten bis an die Grenzen ihrer Belastung und darüber hinaus. Immer mehr Arbeit wird privatisiert, in den Ämtern ausgelagert. Da muss ich Ihnen sagen: Nachhaltige Personalpolitik in einem Ministerium sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Ihrer wenigen Sätze zum ländlichen Raum gilt dem Hinweis auf das EU-Förderprogramm LEADER, das in Bayern erfreulicherweise auf gleichem Niveau beibehalten bzw. ausgeweitet werden soll. Da können Sie, Herr Minister, wirklich froh sein, dass entgegen den wütenden Protesten Ihrer eigenen Fraktion in der neuen Förderperiode mehr Geld in der zweiten Säule, der GAP, ist. Sonst würde nämlich aus diesen Ankündigungen nichts werden.

Mehr sagen Sie leider nicht zum ländlichen Raum; aber der ländliche Raum ist ein Querschnittsthema, bei dem das Landwirtschaftsministerium mit erheblichen Fördermitteln beteiligt ist: über die zweite Säule der GAP, aber auch zum Beispiel über die Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz, beim Breitbandausbau. Kein Wort verlieren Sie zu diesem Thema, das für die Menschen im ländlichen Raum immer wichtiger wird.

(Horst Arnold (SPD): Genau!)

Jeder Bauer muss heutzutage online sein, damit er seine Anträge stellen kann oder auf die hervorragenden Internetangebote Ihres Ministeriums überhaupt zugreifen kann.

Wo ist bei Ihnen die Zusammenarbeit in diesem Bereich

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

mit der Abteilung Heimat des Finanzministeriums, die für den Breitbandausbau zuständig ist? Wo ist Ihre Zusammenarbeit mit dieser Abteilung Heimat, wenn es um die Landesentwicklung geht? Sie haben sehr zu Recht von einem aktiven Handeln gegen Flächenverbrauch geredet. Zuständig für die regulatorischen Vorgaben bei Konflikten bei der Flächennutzung ist aber die besagte Abteilung Heimat. Wo ist hier die Vernetzung, wo ist der Austausch, wo sind die gemeinsamen Konzepte gegen den Flächenverbrauch? - Leider keine Antwort.

Wie sieht es aus mit der Vernetzung, mit den Aktivitäten des Wirtschaftsministeriums, das zuständig ist für die Verteilung der Fördergelder aus dem EFRE-Fonds, neben ELER und ESF dem dritten großen EU-Fonds? Denn der EFRE unterstützt vor allen Dingen die wirtschaftlichen Investitionen, und hier besonders in den ländlichen Räumen.

Die Abwanderung aus den ländlichen Regionen, die immer noch nicht gestoppt ist, hat viel mit fehlenden Arbeitsplätzen und fehlenden Zukunftsperspektiven zu tun. Handeln

tut hier not. Die Dorferneuerung allein reicht nicht aus, Herr Minister. Geschieht nicht mehr, sitzen in unseren wunderschönen Dörfern, zum Beispiel in Oberfranken, in zwei Jahrzehnten nur noch einige ältere Herrschaften - wie ich dann - um den wunderschönen neuen Dorfbrunnen herum und trauern der Vergangenheit nach.

Die EU hat für die neue Förderperiode eine bessere Vernetzung bzw. Zusammenführung der Fonds in den Mitgliedstaaten angemahnt. Dieses Thema war Ihnen leider kein einziges Wort wert. Wollen Sie und Ihre Ministerkollegen mit Ihrer Politik so weitermachen wie bisher? Soll es weiterhin heißen: Jedem sein eigenes Spielzeug und damit seine eigenen Förderbescheide? Erleben wir weiterhin Kirchturmpolitik statt vernetztes, nachhaltiges Handeln für die Menschen im ländlichen Raum? Gibt es auch in Zukunft keine gemeinsame Strategie für eine gleichmäßige Bevölkerungsentwicklung in Bayern? Ihre Rede lässt das befürchten.

Herr Minister, das Land hat genau dann Zukunft, wenn die dort lebenden Menschen, vor allem die jungen Menschen, Zukunftsperspektiven haben. Nehmen Sie diese Herausforderung endlich an, und zwar jenseits einzelner Projekte als Gesamtstrategie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Die Enquete-Kommission, die wir auf den Weg gebracht haben, wird Sie dabei gern unterstützen. Unsere Bäuerinnen und Bauern werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Frau Kollegin Karl. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Kollege Ganserer, bitte sehr.

**Markus Ganserer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Brunner, als Waldbesitzer dürften Sie wissen, dass Schattbaumarten wie Buche und Tanne über Jahrzehnte im Unterstand verweilen können, aber dann, wenn sie plötzlich freigestellt werden und Licht bekommen, loslegen. Genauso gibt es in der bayerischen Forstwirtschaft Themenbereiche, die momentan im Unter- oder Zwischenstand ein Schattendasein führen und nur darauf

warten, freigestellt und entsprechend gefördert zu werden. Ich möchte auf diese Bereiche eingehen.

Holz ist ein wunderbarer nachwachsender Rohstoff und Energieträger. Als Waldbesitzer bin auch ich über die Entwicklung auf dem Energieholzmarkt sehr erfreut, weil jetzt auch die schwachen Dimensionen gewinnbringend vermarktet werden können und somit insgesamt der Holzpreis angehoben wird. Aber wenn man sich die Holzeinschlagserhebung anschaut, fällt auf, dass mittlerweile über die Hälfte des Holzes aus dem Privatwald energetisch verwertet wird. Holz ist aber zum Verheizen viel zu schade.

In Bayern ist bei Ein- und Zweifamilienhäusern der Anteil an Holzbauten in den vergangenen Jahren gestiegen; wir liegen mittlerweile bei 17 %. Ich weiß, dass Ihnen die Förderung der stofflichen Verwertung ein wichtiges Anliegen ist. Aber wir sollten uns damit nicht zufriedengeben. In unserem Nachbarland Österreich wird mittlerweile jedes dritte Einfamilienhaus in Holzbauweise errichtet.

Bei der stofflichen Verwertung sind die Wertschöpfung und der Arbeitplatzeffekt um ein Vielfaches höher als bei der energetischen Verwertung. Deswegen müssen wir genau diesen Bereich in den nächsten Jahren noch stärker voranbringen. Gerade wenn es um kleine Betriebe und regionale Wertschöpfungskreisläufe geht, brauchen insbesondere die regionalen Initiativen "Forst und Holz" mehr personelle und finanzielle Förderung.

Einen weiteren Aspekt hat Kollege Herz schon angesprochen: Wenn Sie Bayern zu einem Bioökonomiestandort entwickeln wollen, dann wäre es dringend notwendig, auch die Kaskadennutzung zu erforschen und voranzubringen, damit in Zukunft der knappe Rohstoff Holz zwei- oder sogar dreimal genutzt werden kann, bevor er zur energetischen Verwertung verfeuert wird.

Kommen wir zu dem Bereich Ökologie. Gottlob haben sich die in den Achtzigerjahren in den Debatten über das Waldsterben geäußerten Befürchtungen nicht bewahrheitet.

Der Zustand unserer Wälder hat sich scheinbar normalisiert. Ich sage deswegen bewusst "scheinbar", weil die Umbenennung von "Waldschadensbericht" in "Waldzustandsbericht" und nunmehr in "Waldbericht" nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass es bei Weitem nicht überall im Wald zum Besten steht. Ich verweise nur auf die hohen Stickstoffeinträge. Laut dem aktuellen Waldbericht von 2011 und dem davor ist trotz aller Bemühungen der Stickstoffeintrag im Wald immer noch auf konstant hohem Niveau. Folgen sind die weitere Versauerung unserer Waldböden und die Auswaschung der Nährstoffe. Da der Großteil der Stickstoffeinträge aus der Landwirtschaft kommt, wäre es auch in Ihrer Hand, Herr Minister, zu einer Reduktion der zu hohen Stickstoffeinträge beizutragen. Ich erwarte, dass sich in der Debatte über die Reduktion der Stickstoffüberschüsse endlich einmal der Forstminister zu Wort meldet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie werden nicht müde zu betonen, dass unsere bayerischen Wälder nachhaltig bewirtschaftet werden, weil wir mehr Holz nutzen als gleichzeitig nachwächst. Das stimmt. Aber dieser Indikator der Nachhaltigkeit im klassischen forstlichen Sinn lässt weder eine Aussage über die ökologische Säule der Nachhaltigkeit zu noch eine Aussage darüber, wie es um die Biodiversität in den Wäldern bestellt ist, wenn man im Bereich der Nachhaltigkeit nur die Masse bewertet. Leider Gottes ist die Datenlage zu einer Vielzahl unserer Tierarten so miserabel, dass es nicht möglich ist, eine vernünftige Aussage über den Erhaltungszustand zu treffen. Deswegen brauchen wir dringend große Prozessschutzflächen und ebenso dringend mehr Mittel für die Waldforschung, insbesondere für die Waldbiodiversitätsforschung. Der Aktionsplan reicht nicht aus. Wir brauchen viel mehr Mittel, um auch die Biodiversität erforschen und bewerten zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Sie beschwören den Schutz der Eigentümer und loben den bayerischen Weg des kooperativen Naturschutzes. Angesichts dessen passt es allerdings nicht ins Bild, dass

Ihr Ministerium ein Schreiben an die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verschickt hat, in dem sie angewiesen werden, die Kommunen davon abzuhalten, in ihren kommunalen bzw. Stadtwäldern Teile der Waldflächen aus der Produktion zu nehmen. Die Entscheidungsfreiheit der Kommunen darf auch in diesem Bereich nicht einseitig eingeschränkt werden. Es muss möglich sein, dass in Bayern Kommunen bei freiwilliger Entscheidung Teile ihres Gemeindewaldes der Natur überlassen.

Kommen wir zum Bergwald. Der Bergwaldbeschluss des Bayerischen Landtags hat vor wenigen Wochen 30-jähriges Bestehen gefeiert. Er war für die damalige Zeit richtungweisend. Der Antrag kam übrigens von der CSU-Fraktion.

Doch 30 Jahre nach diesem Beschluss haben sich Fläche und Anzahl der Schutzwaldsanierungsflächen eher erhöht als reduziert. Deswegen wäre es dringend geboten, dass wir nach 30 Jahren Bergwaldbeschluss eine Bestandsaufnahme machen und diesen Beschluss mit neuem Leben füllen.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 100.000 Hektar der akut gefährdeten Fichtenreinbestände, insbesondere im Privat- und im Kommunalwald, umzubauen. Bis zum Jahr 2013 wurden 30.000 Hektar, im Durchschnitt 6.000 Hektar pro Jahr, umgebaut. Doch in Ihrer Waldumbaubilanz, Herr Minister Brunner, arbeiten Sie mit einigen Rechenricks. So wird jede geförderte Naturverjüngungsfläche in die Umbaubilanz eingerechnet, auch wenn es eine Buchennaturverjüngung unter einem Buchenaltbestand ist. Selbst ohne diese Rechenricks wird es erheblicher Kraftanstrengungen bedürfen, um dieses Ziel zu erreichen. Der Waldumbau wird im Privatwald und im Kommunalwald zu Recht staatlich gefördert. Doch in den vergangenen Jahren sind erhebliche Teile dieser Fördermittel nicht ausgezahlt oder nicht abgerufen worden.

Klar ist: Geld allein lässt den Wald nicht wachsen. Aber aus zahlreichen Gesprächen mit Privatwaldberatern weiß ich, dass sie aufgrund des Personalmangels und der Arbeitsdichte nicht in der Lage sind, in dem notwendigen Umfang auch aktiv auf Waldbe-

sitzer zuzugehen und sie zum Waldumbau zu bewegen bzw. so, wie es notwendig wäre, um den Waldumbau voranzubringen. Deswegen wird seit einigen Jahren der Waldumbau, der mit Sicherheit noch eine ganze Förstergeneration beschäftigen wird, in Bayern mit Zeitverträgen abgewickelt. Das ist für alle Beteiligten aber eine unbefriedigende Lösung. Das gilt sowohl für die jungen, hoch qualifizierten und eigentlich hoch motivierten Förster als auch für die Privatwaldbesitzer und letztendlich auch für den Wald.

Seit der Forstreform sind aber neben dem Waldumbau auch noch zahlreiche andere Aufgaben auf die Forstverwaltungen zugekommen. Ich verweise nur auf die revierweisen Aussagen und die Revierbegänge im Hinblick auf die Verbissbelastung. Insbesondere die Revierbegänge sind ein ganz gutes Mittel zur Kommunikation und Findung konstruktiver Lösungen. Obwohl dies zusätzliche Aufgaben sind, wird das Personal weiter abgebaut. Da ist es nach unserer Überzeugung dringend notwendig, diese Fehlentwicklungen der Forstreform zu stoppen und den Personalabbau zu beenden, weil das Personal auf der Fläche im Wald ganz dringend benötigt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammenfassend sage ich, dass in der bayerischen Forstwirtschaft eine ganze Reihe von Bereichen momentan ein Schattendasein führen. Es gilt, diese Bereiche zu fördern und voranzubringen. In der nächsten Zeit werden wir dazu entsprechende Vorschläge einbringen. Ich hoffe, dass wir dann konstruktive Lösungen finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit wird die Aussprache geschlossen.

Herr Staatsminister Brunner hat nun das Wort zu einer zusammenfassenden Stellungnahme der Staatsregierung.

**Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium):** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann jetzt leider nicht auf alle Fragen und Anmerkungen eingehen. Aber ich bedanke mich vorweg schon einmal für die sehr sachliche Diskussion. Ich habe den Beiträgen aufmerksam zugehört und werde sie in meiner Arbeit berücksichtigen.

Herr Arnold, ich habe großes Verständnis dafür, dass Sie hin- und hergerissen waren zwischen Zustimmung und Begeisterung für meine Arbeit und der einer Opposition zufallenden Aufgabe der Kritik. Sie haben das ganz gut hinbekommen. Deswegen möchte ich mich herzlich bedanken.

Jetzt werde ich wieder ganz ernsthaft: Ich bedanke mich auch für Ihr Plädoyer für die Land- und Forstwirtschaft in Bayern. Jeder Mitstreiter ist uns willkommen. Ich denke, die brauchen wir im Wettstreit der Ziele, die wir in der bayerischen Politik insgesamt zu verfolgen haben.

Sie haben mir geraten, mich noch deutlicher auf die Seite der Erzeuger zu schlagen. Damit rennen Sie bei mir offene Türen ein, weil ich das tagtäglich mit größtem Engagement tue. Ich schlage mich übrigens nicht nur auf die Seite der Erzeuger, sondern auch auf die Seite der Verbraucher, erstens, weil die Erzeuger zugleich Verbraucher sind und zweitens, weil wir unsere gemeinsamen Ziele nur dann erreichen können, wenn die entsprechende Akzeptanz in der Gesamtbevölkerung für die Anliegen der Landwirtschaft vorhanden ist.

Seit Jahren habe ich Runde Tische zu sensiblen Themen im Ministerium einberufen. Sie lesen davon in der Zeitung nichts, weil wir bewusst ohne Presse tagen, um uns wirklich sachorientiert auseinanderzusetzen. Der Runde Tisch "Milch", bei dem nicht nur der Bauernverband, sondern auch der Bundesverband Deutscher Milchviehhaltung, BDM, vertreten ist, wo nicht nur die Privatmolkereibesitzer, sondern auch die Genossenschaftsmolkereien vertreten sind, zu dem die Landesvereinigung der Milchwirtschaft Vertreter entsendet, wo auch die MEG Bayern vertreten ist, diskutiert seit

Jahren darüber: Wie können wir Entwicklungen wie 2008 und 2009 in der Milchwirtschaft verhindern? Wie können wir uns für das Jahr 2015 aufstellen, wenn am 31. März die Milchkontingentierung ausläuft?

Wir haben Leute vom Bundeskartellamt geholt und mit ihnen darüber diskutiert: Was können wir tun, um die Marktmacht der Discounter einzugrenzen? Wie können wir verhindern, dass zum Beispiel mit Lockangeboten unter Einstandspreis gearbeitet wird? Auch vieles andere wird dabei sachlich diskutiert.

Ich habe einen Runden Tisch zum Thema Ökolandwirtschaft einberufen. Dabei habe ich ganz bewusst neben den Erzeugern auch die Naturschutzverbände und Verbraucherorganisationen um Mitarbeit gebeten. Ich habe im Ministerium auch einen Runden Tisch zum Thema Tierwohl, Tierlabel, Tiergesundheit installiert, damit gesamtgesellschaftliche Anliegen berücksichtigt werden können. Ich rede nicht nur von Dialog, sondern praktiziere ihn auch.

(Beifall bei der CSU)

Was ich wirklich nicht nachvollziehen kann, ist Ihre Unterstellung, ich betrachtete die Nebenerwerbslandwirtschaft unterbelichtet. Ganz im Gegenteil! Ich fühle mich geradezu als Anwalt auch der kleineren Betriebe. Bei einer kürzlichen Veranstaltung des Verbandes der Nebenerwerbslandwirte hat mir der Vorsitzende, Herr Fuchs, bescheinigt, dass sich noch kein Minister in Bayern gerade auch der kleineren Strukturen angenommen hat. Das tut mir fast ein bisschen weh.

Ich möchte Sie bitten, die Regierungserklärung genau zu lesen. Da steht zum Beispiel bei der Förderung explizit, dass wir die kleinen Betriebe sogar besser fördern. Investitionen bis zu 300.000 Euro können bis zu 40 % Zuschüsse erhalten. Das ist mehr, als die größeren bekommen.

Ich habe gerade auch bei unseren Bildungsangeboten für Landwirte, BiLa, ein Augenmerk auf die Ausbildung der Nebenerwerbslandwirte gelegt, weil ich weiß, dass sie

einer außerlandwirtschaftlichen Ausbildung bedürfen; denn deren Betriebe sind zu klein. Um die Nebenerwerbslandwirte sachkundig zu machen, können sie in Abend- und Wochenendkursen die Fachkunde erwerben. Die BiLa-Angebote werden sehr gut angenommen.

Ich versuche, über KULAP entsprechende Unterstützung auch für kleinere Betriebe, für extensiv wirtschaftende Betriebe zu bekommen. Nebenerwerbslandwirte haben oftmals nicht die Zeit, um intensiv zu wirtschaften. Von daher ist die hier gemachte Aussage fachlich nicht zutreffend, dass die Nebenerwerbslandwirtschaft benachteiligt werde. Das Gegenteil ist der Fall. Ich gehe sogar davon aus, dass 60 % unserer 110.000 bayerischen Betriebe in Nebenerwerbswirtschaft geführt werden. Täglich werden es mehr. Täglich werden sie auch größer, weil sie dank der Technik größere Flächen bewirtschaften können.

Im Übrigen sind grüne Berufe derzeit so attraktiv wie kaum zuvor. Trotz des sogenannten Strukturwandels haben wir in den letzten zehn Jahren stabile Ausbildungszahlen. Es lernen also wieder mehr Landwirte oder junge Menschen außerhalb der Landwirtschaft einen der 14 angebotenen sogenannten grünen Berufe. Der Weg geht von der Gehilfenprüfung über die Fachschule bis hin zu den Ausbildungsangeboten in Triesdorf oder in Landshut-Schönbrunn oder in Rotthalmünster bis zum Studium. Wenn mehr als ein Drittel der Fachhochschulabsolventen wieder auf ihre Bauernhöfe zurückgehen, um den Betriebsleiterabschluss zu machen, dann zeugt das auch von einer hohen Qualität der Ausbildung und der Ausbildungsbereitschaft unserer jungen Menschen.

Im Übrigen freue ich mich, dass bei Umfragen die Gesamtbevölkerung der Landwirtschaft einen äußerst hohen Stellenwert bescheinigt, ihr ein Image zubilligt, von dem andere Berufe nur träumen können. Deswegen werden wir in den nächsten Monaten und Jahren gerade auch hier einen weiteren Schwerpunkt setzen, was Ausbildung, Fortbildung und Beratung anlangt. Wir können die Beratung zwar nicht, wie ich zugebe, wie gewünscht mit eigenem Personal anbieten; das würde ich gerne tun. Doch mit

unseren Selbsthilfeeinrichtungen und unseren verwandten Verbänden, sei es der Maschinenring, die Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern, das Landeskuratorium der Erzeugerringe für tierische Veredelung in Bayern oder eine andere Organisation, kommen wir mit Beratungskonzepten genau diesem Auftrag nach.

Was die Förderung anbelangt, hebe ich hervor, dass nicht 30.000 Euro als Investition notwendig sind, wie Sie gesagt haben, sondern wir haben den Betrag im neuen Förderprogramm auf 20.000 Euro abgesenkt, damit auch kleinere Investitionen unterstützt werden können.

Sie sagen, wir hätten es nur der SPD zu verdanken, dass es eine Schwächung der ersten Säule und eine Stärkung der zweiten Säule gibt. Ich war zunächst allein auf weiter Flur, als ich unter den deutschen Agrarministern eine Stärkung der kleineren Betriebe einforderte. Die Ostländer waren nicht davon begeistert, bayerische Strukturen zu stärken. 45 Millionen Euro fließen durch die Stärkung der ersten Hektare jedes Jahr zusätzlich nach Bayern.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Wer hat das denn entschieden?)

Aus dem Junglandwirteprogramm gelangen jährlich weitere 8 bis 10 Millionen Euro nach Bayern; weil jeder dritte Bauernhof Deutschlands in Bayern steht, gibt es dort auch mehr Junglandwirte. Die Umschichtung in die zweite Säule finanzieren die Landwirte tatsächlich selbst. Wir können das jedoch verkraften, wie vorher festgestellt wurde. Ich habe auch durchsetzen können, dass die 4,5-prozentige Umschichtung von der ersten in die zweite Säule den Landwirten und der Agrarpolitik zugutekommt. Es handelt sich also um Förderprogramme in der Landwirtschaft und für die Landwirtschaft. Ich lasse mich von niemandem übertreffen, wenn es um die Fürsprache für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum geht.

(Beifall bei der CSU)

Übrigens haben Sie vorhin einen Presseartikel nicht vollständig zitiert. Sie sprachen davon, dass beim ökologischen Landbau gekürzt wird. – Ja, 13 Euro werden für eine Prämienart gekürzt. Beim weiteren Lesen sehen Sie aber, dass das für Bayern so nicht zutrifft, weil wir dies von 2014 an mehr als kompensieren. Wir haben sogar die Umstellungsprämie von 280 auf 350 Euro erhöht. Wir werden in Zukunft auch im Hinblick auf die KULAP-Prämie den Betrag auf 234 Euro erhöhen. Die Kürzung um 13 Euro gilt von 2014 an also nicht nur für Neuanträge, sondern auch für alte Anträge, weil diese integriert werden. Deswegen stehen die bayerischen Landwirte hier nicht vor einem Aderlass, sondern sie bekommen ein besseres Programm als bisher.

(Beifall bei der CSU)

Herr Dr. Herz, Sie sprechen davon, dass uns weniger Geld zur Verfügung steht. Durch den Verweis auf die ersten Hektare habe ich die Antwort darauf teilweise schon gegeben. Ich erinnere daran, dass in Brüssel ursprünglich geplant war, in der neuen Förderperiode den Agraretat um 20, 25 oder gar 30 % zu kürzen. Ich danke unserer damaligen Bundesministerin Ilse Aigner, die sich in den Verhandlungen vehement eingesetzt hat. Es gelang, die beabsichtigte Kürzung auf 8,5 % zu minimieren. Ich verdeutliche Ihnen: Dann ist es uns gelungen, dass bei den sogenannten Münchner Beschlüssen unter bayerischer Verhandlungsführerschaft aus einem Minus von 8,5 % faktisch ein Plus geworden ist. Dieses Plus kam zustande, weil es ein Verhandlungsergebnis mit bayerischer Handschrift gab, wie es vorhin bezeichnet worden ist. Deswegen bin ich insgesamt mehr als zufrieden.

Sie sollten auch anerkennen, dass wir im Nachtragshaushalt noch einmal 30 Millionen Euro aus dem bayerischen Haushalt bekommen haben, um insgesamt die zweite Säule zu stärken. Dabei geht es nicht nur um landwirtschaftliche Programme, sondern auch um Dorferneuerung, um Flurneuordnung und um Angebote des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und des Förderprogramms LEADER. Deswegen ergeht auch an alle Kommunalpolitiker im ländlichen

Raum eine frohe Botschaft: Wir können auch in Zukunft diese bewährten Förderprogramme verlässlich fortsetzen.

Zum Thema Bioproduktion hebe ich hervor, dass ich auf Wunsch der Ökoverbände die Höchstgrenze von 40.000 auf 60.000 erhöht habe. Wir haben das KULAP-Angebot sehr wohl auf 234 Euro angehoben. Wir haben aber nicht nur beim Geld Verbesserungen erreicht, sondern ich verfolge auch einen ganzheitlichen Ansatz, um das ehrgeizige Ziel zu erreichen, die Bioproduktion in Bayern bis zum Jahr 2020 zu verdoppeln. Es wäre viel zu kurz gesprungen, nur bei irgendwelchen Förderprogrammen um 10, 20 oder 30 Euro zu feilschen und zu erhöhen, sondern wir müssen hier tatsächlich einen Prozess einleiten. Letzten Endes geht es auch um einen Bildungsauftrag, es geht um Ausbildung, Fortbildung und Forschung. Ich habe neben Landshut-Schönbrunn eine zweite Fachschule in Weilheim geschaffen. Ich kann natürlich nicht wie im konventionellen Bereich 27 Schulstandorte anbieten, nachdem wir in Weilheim die Mindestschülerzahl beinahe nicht erreicht haben. Ich habe für die Nebenerwerbslandwirte Öko-Akademien in Bamberg und Kringell eingerichtet. Ich habe 80 erfolgreich wirtschaftende Biobetriebe ausgewählt, um Fortbildungsmaßnahmen anzubieten. Wir haben in Weißenstephan ein Ökozentrum eingerichtet. Wir haben neue Fachzentren für die ökologische Ausbildung geschaffen, und wir werden auch in den normalen Fachschulen das Angebot für Biolandwirtschaft erhöhen, damit nach der Ausbildung der einzelne Landwirt selbst entscheiden kann, wie er seinen Betrieb ausrichtet.

Ich betone noch einmal: Ich forcieren die Biolandwirtschaft beziehungsweise starte diese Offensive für die Biolandwirtschaft nicht deswegen, weil ich der konventionellen Landwirtschaft misstraue – ganz im Gegenteil, sie erwirtschaftet täglich hochwertige Produkte -, sondern ich möchte die Märkte vor der Haustüre nützen. Wenn das Angebot in Bayern für den Verbrauch in Bayern nicht ausreicht, liegt es doch nahe, dass wir hier unsere Anstrengungen intensivieren.

Dazu brauchen wir aber auch die Verbraucher. Wir müssen den Verbrauchern klarmachen, dass Bio nicht gleich Bio ist. Deswegen setze ich mich für das bayerische Bio-

siegel ein. Damit soll der Verbraucher schon von Weitem erkennen, dass es sich um Biowaren aus Bayern handelt. Dann weiß er, dass die Frische, die Nähe, die kurzen Transportwege und die hohe Qualität garantiert sind und die Bioprodukte nicht von irgendwoher, vielleicht aus Übersee, importiert werden. Das müsste gerade den GRÜNEN ein Anliegen sein.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wenn wir die Importe nicht wollen, dann müssen wir sie selber produzieren!)

- Genau das will ich, Frau Bause.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das haben Sie schon zwei Jahre angekündigt, aber es tut sich nichts!)

- Ja, hier müssen aber auch alle mitwirken. Ich wiederhole: Ich will kein Strohfeuer entzünden und die Prozentzahlen von heute auf morgen hochschnellen lassen, sondern ich will eine nachhaltige Entwicklung.

(Margarete Bause (GRÜNE): Aber es tut sich ja nichts!)

- Lassen Sie mich ausreden. – Deswegen verbessere ich Förderprogramme und versuche einen breiten Ansatz. Das kann nicht von heute auf morgen wirken. Zu diesem Ansatz gehören Beratungsangebote, Schulungsangebote, Weiterbildungsmöglichkeiten, Forschungseinrichtungen, Forschungsaufträge und so weiter. Ich habe extra eine Evaluierung in Auftrag gegeben, um zu untersuchen und zu bewerten, warum wir noch keinen Schritt weiter sind. Die Österreicher haben zum Beispiel den doppelten Prozentsatz an Bioprodukten.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Ich war in Österreich und habe es mir vor Ort angeschaut. Ich versuche also wirklich, nicht nur von Bio zu reden, sondern das Ganze mit Aktionen und Projekten nachhaltig zu fördern und zu unterstützen.

(Horst Arnold (SPD): Sagen Sie das Ihrer Fraktion!)

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass gerade die Ökoverbände diesen Weg für sehr lobenswert halten. Ich erwarte aber auch, von allen dabei unterstützt zu werden, dass wir den Discountern mit der klaren Kennzeichnung klarmachen, was aus Bayern und was von woanders herkommt.

Herr Dr. Herz, Sie haben das für Bayern wichtige Thema Milch angesprochen. 38.000 Betriebe produzieren Milch. Gerade auch für die Zeit nach der Milchkontingentierung habe ich konstruktive Vorschläge erarbeitet. Ich habe immer darauf hingewiesen, dass wir ein Sicherheitsnetz brauchen für eine Zeit, die irgendwann wieder kommen wird, wenn der Milchpreis in Bedrängnis gerät, um dann unsere Milchbauern ein Stück weit zu unterstützen, damit der Preisverfall nicht mehr so dramatisch wird, wie er war.

Ich habe Vorschläge in Richtung Brüssel entwickelt. Die Monitoringstelle ist die Folge einer Initiative. Ich habe auch Vorschläge unterbreitet, wie wir sogenannte Leitplanken aufstellen, die Marktbeobachtung professionalisieren und Interventionsmöglichkeiten erweitern können, wenn der Investitionspreis angepasst werden soll, und vieles andere mehr. Beim Thema Bürokratieabbau gebe ich Ihnen recht. Aber auch für Herrn Ciolos, den EU-Agrarkommissar, habe ich von der Praxis und der Basis 44 bayerische Vorschläge erarbeiten lassen und sie ihm mit dem Hinweis überreicht: Bitte schön, ein Beitrag zum Bürokratieabbau.

Einen Sieg haben wir bereits bei der Umsetzung der GAP zugestanden bekommen, nämlich dass für kleinere Betriebe, die nicht mehr als 1.250 Euro an staatlichen Transferleistungen erhalten, künftig keine Großcompliance-Untersuchungen mehr notwendig sind. Diese CC-Kontrollen sind also für Kleinstbetriebe in der neuen Förderperiode nicht mehr vorgeschrieben. Das ist für unsere kleinen Bauern eine echte Entlastung.

Über den Biogaszubau gibt es gerade in der Landwirtschaft eine geteilte Meinung. Sie kennen die Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungsmittelerzeugern und Energieprodu-

zenten. Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen, dass es Bayern gelungen ist, beim neuen EEG in Berlin einen vernünftigen Kompromiss herbeizuführen. Weder die SPD noch die CDU hat großes Interesse daran. Biogas ist ein bayerisches Anliegen. Wir haben Betreiber von Biogasanlagen, denen wir gerade in der neuen Periode Bestandssicherheit garantieren müssen. Es kann nicht sein, dass die Betreiber, die in den letzten drei Jahren investiert haben, dann nicht liefern dürfen. Das geht nicht. Es ist dank Bayern gelungen, eine weitgehende Bestandsgarantie abzugeben. Das ist in unserem Interesse. Die kleineren Biogasanlagen bis 75 kW sind sehr wohl noch rentabel, weil sie mit über 23 Cent pro Kilowatt noch bevorzugt behandelt sind.

Wir konnten die Flexibilisierungsprämie erhalten und den Formaldehyd-Bonus sichern. Wir haben hier also schon einiges getan, wenn auch die Forderungen des Biogasverbandes nicht zu 100 % umgesetzt werden konnten. Das gebe ich gerne zu.

Frau Sengl, vermutlich haben Sie Ihre Rede geschrieben, bevor Sie meine Regierungserklärung gelesen haben. Aber ich danke Ihnen, dass Sie zu Beginn Ihrer Rede meine Ausführungen ergänzt haben. Bitte haben Sie Verständnis, dass ich in einer halben Stunde die Vielfalt der bayerischen Agrarpolitik nicht umfassend darstellen kann. Ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie die Eiweißstrategie, das Öko-Thema und vieles andere mehr positiv erwähnt haben.

Der Flächenverbrauch ist eine Herausforderung. Aber Ihre Aussage, Bayern sei hier am negativsten, stimmt nicht. Ich nenne Ihnen folgende Fakten und Zahlen: Mecklenburg-Vorpommern: 16 qm pro Jahr und Bürger, Brandenburg: 10 qm pro Jahr und Bürger, Sachsen: 7 qm pro Jahr und Bürger und Bayern: 5 qm pro Jahr und Bürger. Dennoch ist das viel zu viel. Ich gebe Ihnen recht: Wir müssen alles daran setzen, um den Flächenverbrauch zu minimieren. Dazu habe ich bereits Kongresse abgehalten. Wir müssen dazu gemeinsam Überlegungen anstellen.

Auch mit unserem Dorferneuerungsprogramm verfolgen wir zum Beispiel das Ziel, leer stehende Gebäude zunächst wieder zu revitalisieren, bevor wir großzügig neue Bau-

gebiete ausweisen. Da haben wir also verschiedene Ansatzmöglichkeiten bis hin zu den Ausgleichsflächen und vielem anderen mehr. Die Ökoförderung habe ich bereits angesprochen. Kleine Ställe werden bei uns überdurchschnittlich gefördert. Auch das habe ich schon erwähnt.

Frau Karl, zum ländlichen Raum sage ich nur so viel: Ich habe im letzten Jahr in allen Regierungsbezirken Bayerns zehn Kongresse unter dem Stichwort "Visionen für den ländlichen Raum 2030" angeboten. Kommunalpolitiker, Behördenvertreter, Verantwortungs- und Entscheidungsträger der Regionen haben sich jeweils Gedanken gemacht, wie wir in die Zukunft gerichtete maßgeschneiderte Angebote zur Lösung der Probleme vor Ort machen können. Ich halte nämlich nichts von Patentrezepten von München aus, sondern wir müssen die Situation vor Ort berücksichtigen. Deswegen brauchen wir hier spezielle regionstypische Antworten auf die Fragen. Die Ergebnisse werden gerade umgesetzt. Entsprechende Maßnahmen wie die Initiative "Kernwegenetze" oder die Initiative "boden:ständig" haben wir bereits eingeleitet.

Sie haben die Förderung angesprochen und bedauert, dass es nur 65 bis 70 % Zuschuss gibt. Aber bitte Hand aufs Herz: So schlecht sind 65 bis 70 % Zuschuss nicht. Ich wäre froh, wenn wir alle Förderprogramme mit diesem Satz ausstatten könnten.

(Beifall bei der CSU)

Frau Karl, dass wir insgesamt mehr Geld bräuchten, um die sogenannten Flurbereinigungswege bayernweit sanieren zu können, ist unbestritten. Aber um gerade die Kernwege wieder auf Vordermann zu bringen, beginnen wir in Abstimmung mit den jeweiligen Kommunen mit einem Kernwegenetz. Wenn der Haushalt hierfür noch mehr Geld zur Verfügung stellt, nehme ich es für dieses Programm gerne an.

Ich freue mich, dass Sie ILE positiv bewerten. Ich bitte aber um Verständnis, wenn ich den Breitbandausbau bei der Landesentwicklung nicht angesprochen habe; denn ich habe mich auf die Zuständigkeiten meines Ressorts konzentriert. Ich wollte meinen Kollegen Söder nicht provozieren; nicht dass er nachher sagt, er müsse dann, wenn er

die Themen für sich beanspruche, die Finanzierung aus seinem Etat sicherstellen. Das überlasse ich gerne dem zuständigen Ministerium. Aber Sie wissen: Gerade für den Breitbandausbau sind 1,5 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist ein Förderprogramm, von dem andere Bundesländer nur träumen können. Diese Summe ist allein für den Breitbandausbau angedacht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Ganserer, zu guter Letzt zur Holzverwertung. Ich danke Ihnen für Ihr Plädoyer für den Wert- und Baustoff Holz. Ja, Holz hat eine Renaissance erfahren. Aber Ihre Kritik in Bezug auf die energetische Nutzung gerade des Rest- und des Überschussholzes kann ich nicht nachvollziehen. Gerade dieses Rest- und Überschussholz kann jetzt sinnvoll verwertet werden. Die Alternative wäre vielleicht, dass wir fossile Energieträger einsetzen müssten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie als Förster hier lieber Kohle oder Heizöl verwenden würden. Also sollten wir uns freuen, wenn täglich neue Hackschnitzel- und Pelletsheizungen errichtet werden.

(Beifall bei der CSU)

Bei den Holzkonstruktionen scheinen meine jahrelangen Initiativen zu fruchten. Wir sind zwar noch nicht so weit wie die Österreicher, die bei 35 % liegen, aber wir sind auch schon fast bei 18 %. Wir haben dabei noch Luft nach oben. Die Kommunen gehen hoffentlich mit gutem Beispiel bei öffentlichen Bauten voran. Deswegen plädiere ich leidenschaftlich für eine Nutzung des Holzes auf ganzer Fläche. Nachdem der Rohstoff Holz so ökologisch ist, weil er vor unserer Haustüre wächst und beim Wachsen eines Kubikmeters eine Tonne CO<sub>2</sub> gebunden werden kann, kann ich nicht nachvollziehen, dass Sie sich im selben Atemzug für die Flächenstilllegung einsetzen. Das ist für mich ein logischer Widerspruch.

(Beifall bei der CSU)

Bei den Waldinventuren haben wir durchaus bestätigt bekommen, dass die Schadbilder weniger wurden, dass sich der Kronenzustand der meisten Baumarten verbessert hat, wenn auch nicht dramatisch. Das bestätigt uns, dass wir auf einem guten Weg sind. Wir wissen auch, dass eine ausreichende Versorgung mit Wasser eine Voraussetzung für ein gesundes Waldbild ist. Ich möchte die Sache nicht überstrapazieren bzw. überdramatisieren. Die Realität ist tatsächlich, dass wir unseren Waldumbau vorantreiben müssen. Sie wissen auch, dass wir in den letzten Jahren 33.000 Hektar Fichtenreinbestände in klimatolerante Mischwälder umgebaut haben. Auch hier haben wir ein ehrgeiziges Ziel. Bis zum Jahr 2020 wollen wir 100.000 Hektar Nadelholzreinbestände in widerstandsfähige Mischwälder umbauen. Ich kann nur an alle Waldbesitzer appellieren, unsere Förderprogramme dafür anzunehmen.

Für die Schutzwaldsanierung haben wir in den letzten 28 Jahren 80 Millionen Euro eingesetzt. Für die Bergwaldsanierung haben wir in den letzten 5 Jahren 13 Millionen Euro aufgewendet. Sie sehen, dass wir unsere Hausaufgaben im Blick haben. Gerade bei der Waldbewirtschaftung können wir feststellen, dass wir einen leistungsfähigen und gesunden Wald haben. Ich danke allen, die dazu beitragen, dass gerade der Brenn-, Wert- und Dämmstoff Holz in unserer Gesellschaft einen entsprechenden Stellenwert einnimmt.

Ich komme zum Schluss. Ich bedanke mich noch einmal für die sachliche Diskussion. Sie haben vielleicht auch gespürt, dass ich nicht nur den Bauernhof im Blickfeld habe, sondern auch den Bauernstand. Ich weiß es sehr wohl zu schätzen, welche soziale Stabilisierung durch unsere Bauernfamilien im ländlichen Gebiet geschieht. Im Engagement in Vereinen und Organisationen oder beim Engagement für Brauchtum und Kultur sind immer unsere Bauernfamilien mit an vorderster Front. Deswegen möchte ich abschließend unseren Bauernfamilien nicht nur herzlich danken, sondern ihnen auch für die Zukunft alles Gute wünschen. Vor allem wünsche ich ihnen, dass sie mit einem gewissen Selbstbewusstsein in der Natur und mit der Natur weiter wirtschaften. Wenn es gelingt, mit einem Blickwechsel der gesamten Bevölkerung ein realistisches

Bild von unserer heutigen Landwirtschaft zu verschaffen, dann bin ich mir sicher, dass wir die gemeinsamen Ziele möglichst rasch erreichen werden.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Staatsminister, für Ihre zusammenfassende Stellungnahme. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.